

**Den ärmsten Ländern neue Chancen
eröffnen!**

**NRO-Beiträge zur UN LDC III Konferenz
vom 14.-20. Mai 2001 in Brüssel**

Inhalt

Einführung	3
Was sind Least Developed Countries (LDCs)	3
<u>NRO-Veranstaltung „Globale Politik für die Ärmsten?“ am 10.4.2001 in Bonn</u>	4
Programm der Veranstaltung	4
Bericht über die Veranstaltung <i>Britta Krüger</i>	5
Redebeitrag von Dr. Reinhard Hermle (VENRO-Vorsitzender)	7
Redebeitrag von Dr. Rolf Drescher, BMZ	11
<u>NRO-Positionspapier</u> „Den ärmsten Ländern neue Chancen eröffnen!“ <i>VENRO, Forum Umwelt&Entwicklung, Forum Weltsozialgipfel</i>	17
Bilanz der LDC-Konferenz aus Sicht von VENRO „Nette Gesten statt neuer Entwicklungschancen“ <i>Britta Krüger/ Klaus Wardenbach, VENRO</i>	27
Bilanz der LDC-Konferenz aus Sicht des BMZ <i>Prof. Dr. Bohnet, BMZ</i>	33
Deklaration des NGO Forums in Brüssel	37
UN-Pressemitteilung vom 20.5.01 zum Abschluss der Konferenz	38
Weiterführende Links	46

Einführung

Auf dem Millennium-Gipfel der Vereinten Nationen im September 2000 haben sich 146 Staats- und Regierungschefs verpflichtet, den Anteil der extrem Armen bis zum Jahr 2015 um die Hälfte zu verringern. Derzeit leben 1,2 Milliarden Menschen in absoluter Armut. Diese Zahl macht deutlich, dass dieses Vorhaben eine enorme Herausforderung für die Weltgemeinschaft darstellt. Die 49 am wenigsten entwickelten Länder (LDC) stellen mit allein 610 Millionen Menschen eine wichtige Zielgruppe für die Armutsbekämpfung der Vereinten Nationen dar. Die durch Armut geprägten Lebensbedingungen, schwache und anfällige Volkswirtschaften sowie eine prekäre Verschuldungssituation verhindern in diesen Ländern eine Entwicklung aus eigenen Kräften.

Auf der ersten UN LDC Konferenz in Paris 1981 wurde ein Aktionsprogramm verabschiedet, das quantitative Ziele festlegte und qualitative Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der LDC beschloss. Allerdings konnten die ehrgeizigen Vorhaben in den 80er Jahren nicht umgesetzt werden, so dass 1990 auf Empfehlung der UNCTAD eine 2. UN LDC -Konferenz abgehalten wurde. Auf dieser Konferenz wurden die Ziele zurückgeschraubt und in einem Aktionsprogramm für die 90er Jahre festgeschrieben. Angesichts des Misserfolgs der letzten Entwicklungsdekade hatte man sich das Ziel gesetzt, wenigstens eine weitere Verschlechterung der sozio-ökonomischen Situation der LDC zu verhindern. Die Halbzeit-Bilanz zur Umsetzung des Aktionsprogramms verdeutlichte, dass sich an der Marginalisierung der LDC wenig geändert hatte. Die Anzahl der LDC hat sich in den letzten 25 Jahren verdoppelt und von den derzeit 49 LDC ist es bisher nur einem Land (Botswana) 1994 gelungen, diese Kategorie wieder zu verlassen.

Vor diesem Hintergrund fand vom 14.-20. Mai 2001 in Brüssel die 3. UN-Konferenz zur Lage der am wenigsten entwickelten Länder statt. Nach den Misserfolgen der letzten Konferenzen und der unzureichenden Umsetzung der Aktionsprogramme lastete ein enormer Erwartungs- und Erfolgsdruck auf Brüssel. Der Fokus der Konferenz lag auf der Handelspolitik und der Verbesserung des Marktzugangs. Die LDC haben bisher nicht von der Liberalisierung der Märkte profitieren können. Ihnen durch den Abbau von Handelshemmnissen den Zugang zu den internationalen Märkten zu erleichtern, war ein wichtiges Anliegen der Konferenz.

Im Vorfeld der Brüsseler Konferenz fand in Bonn eine von VENRO und den Foren Weltsozialgipfel sowie Umwelt und Entwicklung organisierte Informationsveranstaltung statt. Die Veranstaltung diente dazu, die Positionen deutscher NRO zu verdeutlichen und mit Vertretern des BMZ und der UNCTAD eine Diskussion über einzelne Verpflichtungen des UN LDC Aktionsplans zu führen. Die Veranstalter haben in ihrem gemeinsamen Positionspapier „Den ärmsten Ländern neue Chancen eröffnen“ ihre Erwartungen an die Brüsseler Konferenz zum Ausdruck gebracht und zentrale Forderungen erhoben.

Was sind Least Developed Countries (LDCs)?

Bei den am wenigsten entwickelten Ländern (LDC) handelt es sich um eine von den Vereinten Nationen künstlich geschaffene Kategorie. Es fallen derzeit 49 Länder in diese Kategorie, in der 10,5% der Weltbevölkerung leben. Auf der Generalversammlung der UN

1971 wurden erstmalig 25 Länder zu LDC erklärt und standen fortan unter besonderem Schutz der Vereinten Nationen. Die Kriterien für LDC setzten sich aus dem Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, dem Anteil der Industrie am BIP sowie der Analphabetenrate zusammen. In den folgenden Jahren wurden die Kriterien für die Zugehörigkeit zur LDC-Kategorie mehrfach revidiert und ausgedehnt. Die für das Jahr 2003 vorgesehene Revision enthält neben dem Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (<800 US\$) einen „Augmented Physical Quality of Life Index“ (<59) sowie einen ökonomischen Verwundbarkeitsindex (<36). Der erste Index setzt sich aus der Lebenserwartung bei der Geburt, der täglichen Kalorienaufnahme, der Einschulungsrate und der Analphabetenrate zusammen. Der ökonomische Verwundbarkeitsindex umfasst den Industrie- und Serviceanteil am BIP, Exportkonzentration, Instabilität der Agrarproduktion, Exportstabilität für Güter und Dienstleistungen sowie die Bevölkerungsgröße.

NRO-Veranstaltung am 10.4. in Bonn „Globale Politik für die Ärmsten?“

Veranstalter: VENRO, Forum Umwelt&Entwicklung, Forum Weltsozialgipfel

Programm der Veranstaltung

- 10.30 Begrüßung/Eröffnung
Hartmut Bauer, EED
- 10.45 Einführung in die Themen und Zielsetzungen der UN-Konferenz
Günther Fischer, UNCTAD-Sekretariat, Genf
- 11.30 Vorstellung der BMZ-Aktivitäten zur UN-Konferenz LDC III
Erich Klinger, BMZ
- 12.00 Vorstellung des NGO-Positionspapiers
Reinhard Hermle, VENRO-Vorsitzender
- 12.30 Mittagspause
- 13.15 Commitment 5: Handel/Marktzugang
Referat: Thomas Fritz, Forum Umwelt&Entwicklung/ Blue 21
Erwiderung: Rolf Drescher, BMZ
- 14.00 Commitment 7: Entwicklungsfinanzierung
Jens Martens, Forum Weltsozialgipfel/ WEED und Christiane Overkamp,
Erlassjahr 2000/ Misereor
Erwiderung: Andreas Beckermann, BMZ
- 15.00 Abschlussgespräch: „Der Aktionsplan Armutsbekämpfung 2015 der Bundesregierung
- ein Beitrag zur UN LDC -Konferenz?“
Günther Fischer, UNCTAD
Reinhard Hermle, VENRO
Gero Jentsch, BMZ
Tobias Reichert, Forum Umwelt & Entwicklung

Moderation: **Klaus Piepel, Misereor / Michael Frein, EED**

Bericht über die Veranstaltung „Globale Politik für die Ärmsten?“

Britta Krüger

Im Vorfeld der UN LDC III Konferenz in Brüssel fand am 10.4.2001 in Bonn eine Informations- und Diskussionsveranstaltung über die am wenigsten entwickelten Länder (LDC) statt. Das in Frage gestellte Thema der Veranstaltung „Globale Politik für die Ärmsten?“ wurde mit Vertretern des BMZ, der UNCTAD und den einladenden NRO diskutiert.

Günter Fischer als Vertreter der UNCTAD skizzierte mit seinem einleitenden Vortrag die Historie der LDCs und konfrontierte die Zuhörer mit wenig Erfreulichem: Seit der Herausbildung der LDC-Kategorie im Jahr 1971 hat sich der Anteil der zugehörigen Länder von 25 auf heute 49 erhöht. Die öffentliche Entwicklungshilfe (ODA) ist seit 1998 um 45% zurückgegangen und hat damit das Niveau der 70er Jahre erreicht. Selbstkritisch räumte Fischer ein, dass auch die verschiedenen Hilfsprogramme der UNCTAD zur Verbesserung der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Situation in den LDCs die Erwartungen nicht erfüllt haben. Die für das Jahr 2015 erstellten Prognosen zur Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes pro Kopf, der Lebenserwartung und der Kindersterblichkeit geben ebenfalls keinen Anlass zu Optimismus.

Im folgenden Beitrag informierte Erich Klinger vom federführenden Referat innerhalb des BMZ, der gerade von der 3. Vorbereitungskonferenz zur LDC III-Konferenz aus New York zurückgekehrt war, über den aktuellen Planungsstand der Konferenz. Klingers Ausführungen zu Folge, verlaufen die Vorbereitungen eher schleppend, über die Hälfte aller Programmpunkte sind weiterhin umstritten.

Zum ersten Mal wird die EU der Gastgeber für eine UN-Konferenz sein. Die EU-Staaten werden auf der Konferenz, vertreten durch Schweden, mit einer Stimme sprechen. Deutschland muss dementsprechend seine eigene Position in die EU einbringen. Diese eigene Position wird u.a. darin bestehen, mit einer „Internationalen Investitions- Initiative“ für eine verstärkte Beteiligung der Privatwirtschaft in der Entwicklungszusammenarbeit zu werben. Ansonsten ließ sich die deutsche Position in bezug auf strittige Fragen unter dem Stichwort „Zurückhaltung“ subsumieren. Diese Zurückhaltung bezieht sich vor allem auf die von NRO-Vertretern geforderten finanziellen Zugeständnisse. Der rückläufige Anteil der deutschen Entwicklungshilfe wird mit Verweis auf Absorptionsschwierigkeiten der Entwicklungsländer gerechtfertigt. Eine Reform der administrativen Strukturen in den Partnerländern sei deshalb dringend notwendig.

Die Formel „Mehr öffentliche Entwicklungshilfe gleich mehr Entwicklung“ müsse nach den Erfahrungen der letzten Entwicklungsdekaden ernsthaft angezweifelt werden. Auch ohne neue Formel setzt das BMZ große Hoffnungen auf Brüssel.

Im Anschluss stellte der VENRO-Vorsitzende Reinhard Hermle das NRO-Positionspapier im Hinblick auf die UN LDC III-Konferenz vor. Die Quintessenz des Papiers fasst Reinhard Hermle folgendermaßen zusammen: *„Nur durch eine Kombination von Maßnahmen globaler Strukturpolitik mit Maßnahmen direkter, selbsthilfeorientierter Armutsbekämpfung kann die Armut in den LDCs wirksam bekämpft werden. Ohne die Bereitschaft der Bundesregierung und der übrigen Industriestaaten hierfür zusätzliche finanzielle Mittel bereitzustellen, werden sich keine nachhaltigen Erfolge erzielen lassen.“*

In einem 2. Teil der Veranstaltung wurden zwei Verpflichtungen des UN LDC -Aktionsplans zur Diskussion gestellt.

Thomas Fritz von Blue 21 erörterte das strittige Thema „Handel und Marktzugang“ aus NRO-Sicht und machte die marginale Rolle der LDCs am Welthandel deutlich. Ihr Anteil an den weltweiten Exporten beträgt lediglich 0,4%. Auch die durch die Marktöffnung der EU prognostizierte Steigerung der LDC-Exporte in die EU um 15-20% wird nicht viel an der wirtschaftlichen Situation dieser Länder ändern. Die von der Bundesregierung nachdrücklich unterstützte „Everything but arms“ - Initiative der EU lässt de facto nur 11 Produkte in den Genuss der Handelsliberalisierung gelangen. Rolf Drescher, der das BMZ in dieser Frage vertrat, sprach sich in Übereinstimmung mit den Forderungen der Veranstalter für eine Reform der Herkunftsregeln für Produkte aus LDCs aus. Um das vorrangige Ziel der Armutsbekämpfung nicht aus den Augen zu verlieren, sei es notwendig, dass die Handelsliberalisierung in eine umfassende nationale Entwicklungs- und Armutsminderungsstrategie integriert ist.

Zur Verpflichtung 7 „Mobilisierung finanzieller Ressourcen“ stellte Jens Martens von WEED einen prägnanten 10-Punkte Forderungskatalog mit quantitativen und qualitativen Zielen vor. Martens sprach sich für eine Erhöhung der öffentlichen Entwicklungshilfe aus und forderte die Bundesregierung auf, dem positiven Beispiel Großbritanniens zu folgen und feste Zeitziele vorzulegen, um nicht den Rest an Glaubwürdigkeit einzubüßen. Schließlich lieferte Christiane Overkamp von Misereor mit ihrem Beitrag ein umfassendes Bild zur Verschuldungssituation der LDCs. Sie zog eine kritische Bilanz der seit 1,5 Jahren laufenden HIPC-Initiative, prognostizierte eine mittelfristige Neuverschuldung der HIPC-Länder und forderte eine Ausweitung der Initiative auf andere Länder. Sechs LDCs sind unter den ausgewählten HIPC-Staaten nicht vertreten und auch andere hochverschuldete Länder kommen nicht in den Genuss dieser Initiative. An dieser Tatsache wird sich vermutlich auch nichts ändern. Andreas Beckermann vom BMZ machte deutlich, dass eine Ausweitung der HIPC-Initiative aufgrund von mangelnden finanziellen Ressourcen unwahrscheinlich sei.

Die Abschlussrunde der gut besuchten Veranstaltung widmete sich dem Aktionsprogramm 2015 der Bundesregierung und dessen Beitrag zur Brüsseler Konferenz. Man begrüßte einstimmig die Tatsache, dass die Bundesregierung sich das Ziel der Armutsbekämpfung zu eigen gemacht hat. Aus NRO-Sicht überbewertet das jüngst verabschiedete Programm wirtschaftliches Wachstum als Motor der Entwicklung in LDCs. Zwar sei Wirtschaftswachstum in LDCs absolut notwendig, ohne finanzielle Zugeständnisse seien aber die ehrgeizigen Ziele des Aktionsprogramms unerreichbar. Günter Fischer gab sich trotz seiner anfangs referierten Misserfolgsgeschichte und düsterer Zukunftsprognosen für LDCs angesichts der Brüsseler Konferenz verhalten optimistisch. Er setzte seine Hoffnung in den von Kofi Annan propagierten „New Global Deal“. Nach zwei gescheiterten UN-Konferenzen stehe Brüssel nun unter enormem Erfolgsdruck. Schließlich forderte Gero Jentsch vom BMZ die NRO dazu auf, die Umsetzung des Aktionsprogramms 2015 kritisch zu begleiten. Er schloss mit der Frage ab „Wie können wir gemeinsam dazu beitragen, dem ehrgeizigen Ziel der Armutsbekämpfung näher zu kommen? Es bleibt zu hoffen, dass Brüssel eine Antwort auf diese Frage geben kann!

Redebeitrag von Dr. Reinhard Hermle (VENRO-Vorstandsvorsitzender)

Den ärmsten Ländern neue Chancen eröffnen!

Anlässlich der LDC-Konferenz der Vereinten Nationen haben der Verband Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) sowie die Foren Umwelt&Entwicklung und Weltsozialgipfel ein gemeinsames Positionspapier vorgelegt, das zum UN-Aktionsprogramm Stellung bezieht. Dabei beschränken wir uns auf die Verpflichtung 3 „Förderung menschlicher Fähigkeiten“, die Verpflichtung 5 „Globalisierung für LDC nutzbar machen“ und die Verpflichtung 7 „Mobilisierung finanzieller Ressourcen“. Dies geschieht nicht deswegen, weil wir die übrigen Verpflichtungen für weniger wichtig hielten. Vielmehr ist der Grund der, dass im Hinblick auf die genannten Verpflichtungen den Industrieländern eine besondere Verpflichtung zukommt und wir uns als Nichtregierungsorganisationen hier bereits seit langem im kritischen Dialog mit den staatlichen Akteuren in den Industrieländern engagiert haben. Die Einzelheiten unserer Forderungen, die sich in vielen Punkten mit den Positionen der UNCTAD decken, können in dem Ihnen vorliegenden NRO-Papier nachgelesen werden.

Die Quintessenz möchte ich aber schon jetzt in zwei Sätzen zusammenfassen:

Nur durch eine Kombination von Maßnahmen globaler Strukturpolitik mit Maßnahmen direkter, selbsthilfeorientierter Armutsbekämpfung kann die Armut in den LDC wirksam bekämpft werden. Ohne die Bereitschaft der Bundesregierung und der übrigen Industriestaaten hierfür zusätzliche finanzielle Mittel bereitzustellen, werden sich keine nachhaltige Erfolge erzielen lassen.

Globalisierung für LDC nutzbar machen: Handel und Verschuldung

Für die Gruppe der ärmsten Länder, von denen der weitaus überwiegende Teil in Afrika liegt, hat der Prozess der Globalisierung, so wie er bisher ablief, keine neuen Chancen eröffnet. Im Laufe des letzten Jahrzehnts haben die Entwicklungsländer (in ihrer Gesamtheit) ihren Anteil am Warenhandel zwar auf 20% und ihren Anteil am Handel mit Dienstleistungen auf 16% erhöhen können. Der Anteil der LDC am Waren- und Dienstleistungshandel verminderte sich aber im gleichen Zeitraum und liegt nun bei dem verschwindend geringen Wert von 0,4%. Handel und Globalisierung sind für LDC keine Quelle des Wohlstands, im Gegenteil: Ende der 90er Jahre ist das Handelsbilanzdefizit der LDC sogar auf über 13 Mrd. US-Dollar angestiegen, dem höchsten Defizit seit 1992. Das Handelsbilanzdefizit erhöht wiederum den Schuldenstand der LDC – dem zur Zeit sicherlich gravierendsten Problem der ärmsten Länder. Der Gesamtschuldenstand der LDC lag Ende der 90er Jahre bei knapp 170 Mrd. US-Dollar.

In Bezug auf den Zusammenhang von Handel und Verschuldung fordern wir in unserem Positionspapier zum Beispiel, dass die Grenze für Schuldentragfähigkeit für alle LDC von dem derzeitigen Niveau der HIPC-Initiative (150% Barwert der Gesamtverschuldung im Verhältnis zu den jährlichen Exporteinnahmen) auf die realistischere Größenordnung von 50% abgesenkt wird. Ein solche Zielsetzung findet sich übrigens auch im „Aktionsprogramm zur Halbierung der extremen Armut in der Welt bis zum Jahr 2015“ der Bundesregierung, das am 4. April 2001 im Bundeskabinett verabschiedet wurde. Wir fordern die Ausweitung der –

von der Bundesregierung in den letzten beiden Jahren ja stark unterstützten – HIPC-Initiative auf weitere LDC, über den Kreis der potenziellen 32 Kandidaten hinaus, von denen 22 den Entscheidungspunkt erreicht haben und aktiv teilnehmen. Wir unterstützen die im Entwurf des UN-Aktionsprogramms enthaltene Forderung nach einem sofortigem Moratorium der Schuldendienstzahlungen von LDC, um zu verhindern, dass diesen Ländern Finanzressourcen entzogen werden, die sie besser für die Armutsbekämpfung im eigenen Land einsetzen könnten.

Die EU hat nach vielen kontroversen Diskussionen Ende Februar die „Everything but arms“-Initiative verabschiedet, die den zollfreien Zugang praktisch aller LDC-Produkte zum EU-Markt vorsieht. Ohne die hinter dieser Initiative stehende gute Absicht schmälern zu wollen, hätten wir uns doch gewünscht, dass die völlige Marktöffnung für Zucker und Reis nicht bis ins Jahr 2009 aufgeschoben wird, sondern spätestens 2003 erfolgen sollte. Bedarf für eine weitere Marktöffnung der Industriestaaten sehen wir darüber hinaus bei den Ursprungsregeln für LDC-Exporte. Nur 12 der inzwischen 49 LDC sind bei der WTO mit eigenen Vertretungen präsent. Auf die Willensbildung der WTO, auch in solch zentralen Bereichen wie dem Schutz der Landwirtschaft und den intellektuellen Eigentumsrechten (TRIPS) haben die ärmsten Länder bislang keinen erkennbaren Einfluss. Die Globalisierung für die LDC nutzbar zu machen, heißt vor allem auch, ihre Position innerhalb der WTO und in internationalen Standardisierungsgremien zu stärken. Im Interesse einer glaubwürdigen Handelspolitik sollten EU und Bundesregierung hier eine Vorreiterrolle einnehmen.

Die BRD und die LDC: Entwicklungsfinanzierung und Armutsbekämpfung

Für die Bundesrepublik Deutschland sind die LDC wirtschaftlich eine absolut marginale Größe. Nur 0,07%, also weniger als ein Promille, aller deutschen Direktinvestitionen fließen in die ärmsten Länder. Auch bei den deutschen Importen kommen die LDC nur auf einen Anteil von 0,35%.

Handel und Investitionen werden auf absehbare Zeit die Hilfe für die ärmsten Länder im Rahmen der bi- und multilateralen Zusammenarbeit nicht ersetzen können.

Insofern kommt der Steigerung der öffentlichen Entwicklungshilfe (der ODA) für die LDC eine ganz zentrale Rolle zu. Bereits auf der ersten UN LDC-Konferenz im Jahre 1981 wurde als Zielzahl festgeschrieben, dass ein Anteil von 0,15% des BSP jedes Industriestaats als Entwicklungshilfe für LDC bereitgestellt werden soll. Nur 5 OECD-Staaten haben tatsächlich dieses Ziel erreicht. In Deutschland war der Anteil der LDC-Förderung Ende der 90er Jahre sogar auf einen Wert von 0,05% abgesunken, nachdem er Anfang des Jahrzehnts immerhin noch doppelt so hoch gelegen hatte.

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit kommt also immer weniger den LDC zugute. Prof. Bohnet hat auf einer Pressekonferenz am 12. März zur UN LDC-Konferenz angekündigt, dass das BMZ diesen Trend umkehren will und im Jahr 2001 immerhin 29% der bilateralen FZ und TZ auf die LDC konzentrieren will. Wir begrüßen diese Absicht, halten aber - gerade auch vor dem Hintergrund des Aktionsprogrammes 2015 zur Halbierung der weltweiten Armut - ein noch stärkeres finanzielles Engagement der Bundesregierung für absolut notwendig. Dieses muss auch in einer konsolidierten Steigerung des BMZ-Haushalts seinen Ausdruck finden.

Die Mittel sollten in den LDC v.a. auf den Sektor der sozialen Grunddienste, z.B. die Förderung von Basisgesundheitsdiensten oder Grundbildung, konzentriert werden. Uns wird

oft entgegen gehalten, dass die LDC gar nicht in der Lage wären, zusätzliche Finanzmittel zu absorbieren, da es gar nicht genug sinnvolle Projekte gäbe. Die Erfahrung mit unseren NRO-Projektpartnern im Süden spricht aber eher dagegen: Für selbsthilfeorientierte Armutsbekämpfung, Demokratisierung und die Förderung einer sozial und ökologisch nachhaltigen Entwicklung stehen – gemessen am Bedarf der Bevölkerung – noch viel zu wenig Finanzmittel zur Verfügung.

Umsetzung des Aktionsprogramms

Wenn wir die Debatten der letzten Monate im Vorfeld der Brüsseler UN-Konferenz betrachten, sehen wir v.a. aber die Gefahr, dass Mitte Mai wieder ein Aktionsprogramm von der Staatengemeinschaft beschlossen wird, das kaum das Papier wert ist, auf dem es gedruckt ist. Entscheidend ist nicht die Erklärung der guten Absichten, sondern ihre Umsetzung. Damit in Brüssel nicht ein Aktionsprogramm beschlossen wird, das danach für die nächsten 10 Jahre in den Schubladen verschwindet, sollte eine klare Prioritätenliste der Maßnahmen erstellt werden, anhand derer sich der Umsetzungsstand überprüfen lässt. Zusätzlich sind Mechanismen der zivilgesellschaftlichen Begleitung, des „Monitoring“ von zentraler Bedeutung.

Der „Aktionsplan 2015“ der Bundesregierung sieht mit der Einrichtung eines „Dialogforums“ aus Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften und NGOs einen solchen Mechanismus explizit vor. Wir denken, dass ein Schwerpunkt dieses Dialogforums zur Armutsbekämpfung auch darin liegen sollte, die Umsetzung der auf der UN LDC -Konferenz beschlossenen Maßnahmen zu beobachten und voranzutreiben.

Die vorrangige Verantwortung der Regierungen der am wenigsten entwickelten Länder für die Überwindung der elenden Lebensbedingungen ihrer Bevölkerungen ist unbestritten. Aber ohne internationale Hilfe sind selbst gutwillige, entwicklungsorientierte LDC-Regierungen nicht in der Lage, diese Herkulesarbeit zu bewältigen. Ohne zusätzliche, substanzielle Anstrengungen der Industriestaaten, auch der Bundesrepublik, droht den LDC das Schicksal, zu „Inseln der Armut“ in einer sich rasch entwickelnden Weltwirtschaft zu werden.

Redebeitrag von Dr. Rolf Drescher, BMZ¹

Thema Handel & Marktzugang

01. Handelsfragen stehen derzeit auf der entwicklungspolitischen Agenda ganz oben. Ich meine: zu Recht. Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen Armutsreduzierung, Wirtschaftswachstum und Handel. Ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum ist notwendige Voraussetzung für eine dauerhafte Armutsreduzierung. Eine der Lehren der letzten Jahrzehnte ist, dass *inward oriented economic policies* nicht zu nachhaltigem und dauerhaftem Wirtschaftswachstum führen. Handel ist der Motor für wirtschaftliches Wachstum.

02. Das am 04. April 2001 vom Bundeskabinett verabschiedete Aktionsprogramm 2015 betont in diesem Sinne, dass die Integration der Entwicklungsländer in den Welthandel von entscheidender Bedeutung für ihre wirtschaftliche und soziale Entwicklung ist und die Handelsliberalisierung deshalb ein wichtiges Element für die Armutsbekämpfung bildet.

03. Die Beteiligung der am wenigsten entwickelten Länder (LDCs [Least Developed Countries]) am Welthandel ist bislang marginal. Nach OECD-Angaben belief sich der Gesamtwert der Exporte aller LDCs in 1998 auf US\$ 21,7 Mrd.; das ist weniger, als Portugal im gleichen Jahr exportierte, und entsprach einem Anteil von 0,4 Prozent an den weltweiten Exporten. Der Gesamtwert der Importe aller LDCs belief sich auf US\$ 31,7 Mrd. und machte damit gerade 0,6 Prozent der weltweiten Importe aus. Diese Zahlen verdeutlichen die Marginalisierung der LDCs in den internationalen Handelsbeziehungen.

04. Die Ursachen für das geringe Exportvolumen der LDCs sind vielschichtig. Klar ist aber, dass Zugangshindernisse zu den Märkten der Industrieländer entscheidend zu dem geringen Exportvolumen beitragen. Lassen Sie mich deshalb zunächst etwas zum Marktzugang etwas sagen; auf die Probleme auf der Angebotsseite, die *supply side constraints*, komme ich später zu sprechen.

05. In der Millenniums-Erklärung der Vereinten Nationen, die die Staats- und Regierungschefs im September 2000 verabschiedet haben, sind die Industrieländer zu einer Politik des zoll- und quotenfreien Zugangs für die Exportgüter aus den LDCs aufgefordert worden. Die Europäische Union hat diese Forderung mit ihrer Ende Februar 2001 getroffenen Entscheidung über die vollständige Liberalisierung des EU-Marktes für alle Agrarprodukte aus den LDCs erfüllt. Die sog. „Everything-but-Arms-Initiative“ (EBA-Initiative) wurde von der Bundesregierung nachdrücklich unterstützt. Seit dem 05. März 2001 ist auch der Export von landwirtschaftlichen Produkten aus den LDCs in die EU zollfrei. Erfasst wurden von der vollständigen Marktliberalisierung für die LDCs rd. 900 Agrarprodukte. Für drei sog. sensible Produkte – Bananen, Reis und Zucker – gelten Übergangsregelungen bis 2006 bzw. 2009. Der EU-Zolltarif für Bananen wird ab dem 01. Januar 2002 jährlich um 20 Prozent gesenkt werden, so dass eine vollständige Zollfreiheit im Jahr 2006 erreicht sein wird. Die Zolltarife für Reis und Zucker werden beginnend im Jahr 2006 schrittweise bis zum Erreichen der vollständigen Zollfreiheit in 2009 gesenkt. In der Übergangsphase bis zur vollständigen

¹ Mitarbeiter im Referat 411 (Globalisierung; Handel und Investitionen). Tel. +49 – (0)228 – 535 3627. Fax: +49 – (0)228 – 535 3205. E-mail: Drescher@bmz.bund.de

Liberalisierung werden den LDCs beginnend mit dem Marktjahr 2001/02 – mit jährlich 15 Prozent – wachsende zollfreie Kontingente für die Einfuhr von Reis und Zucker eingeräumt.

06. Im gewerblichen/industriellen Bereich genießen die Produkte aus den LDCs in der EU bereits seit Anfang 1998 Zollfreiheit. Soweit die EU betroffen ist, besteht damit nunmehr für alle Waren aus den LDCs ein zoll- und quotenfreier Zugang.

07. Man kann die Ausnahmen für Bananen, Reis und Zucker kritisieren. Ich glaube aber, dass die Entscheidung der EU dennoch von großer Bedeutung ist – zum einen wegen der wirtschaftlichen Vorteile für die LDCs, zum anderen weil sie in gewisser Weise einen Präzedenzfall geschaffen hat, den der EU Trade Commissioner Pascal Lamy wie folgt beschrieben hat: „It is the first time that the European Union’s trade policy has been substantially modified by the necessity of contributing to development policy“.²

08. Mit der weiteren Marktöffnung hat die EU ein klares Zeichen für mehr Handel mit den LDCs gesetzt. Die EU ist schon jetzt der wichtigste Exportmarkt für die LDCs; 32 Prozent des Gesamtexports der LDCs gehen in die EU. Lassen Sie mich eine knappe Anmerkung zu den erwarteten wirtschaftlichen Auswirkungen machen. Wie wirkt sich die EBA-Initiative aus? Bereits jetzt besteht für mehr als 99 Prozent des Handels der EU mit den LDCs (entweder kraft des Abkommens von Lomé oder des APS) zollfreier Marktzugang. Es ist also nicht so, dass als Konsequenz der EBA-Initiative bereits gehandelte Waren billiger exportiert bzw. importiert werden können. Die jetzt weggefallenen Einfuhrabgaben betreffen ganz überwiegend Waren, die zwischen der EU und den LDCs bislang nicht oder nur in geringem Umfang gehandelt werden. Die Einfuhrzölle der Gemeinschaft sind mit Sicherheit einer der Gründe für den fehlenden Handel in diesem Bereich. Ihre Aufhebung wird deshalb die Entwicklung des Handels mit den entsprechenden Waren begünstigen. Es ist davon auszugehen, dass die mit der EBA-Initiative eingeführte Zollfreiheit für alle Agrarprodukte zu einer Ausweitung der Handelsbeziehungen führen wird. Die Weltbank erwartet eine Steigerung der LDC-Exporte in die EU um 15 bis 20 Prozent. Fassen andere Industrienationen und Schwellenländer ähnlich weitreichende Beschlüsse zur Verbesserung des Marktzugangs wie die EU, multiplizieren sich die wirtschaftlichen Vorteile für die LDCs.

09. Eine Besorgnis hinsichtlich unerwünschter Nebenwirkungen der Marktöffnung für LDCs muss man allerdings Ernst nehmen, nämlich dass nicht-zollfreie Exporte aus Entwicklungsländern, die nicht zu den am wenigsten entwickelten Ländern gehören, durch zollfreie Exporte aus LDCs ersetzt werden. Eine solche „Handelsumleitung“ kann in der Tat nicht völlig ausgeschlossen werden. Besondere Maßnahmen zugunsten der LDCs können aber nicht deshalb unterbleiben, weil sie in anderen Entwicklungsländern zu Anpassungsprozessen führen.

10. Lassen Sie mich einige Worte sagen zu der in der VENRO-Stellungnahme zur LDC III-Konferenz erhobenen Forderung einer Vereinfachung der Herkunftsregeln für Produkte aus den LDCs. Für die Inanspruchnahme der tarifären Privilegien des Allgemeinen Präferenzsystems der EU (EU-APS bzw. GSP [Generalized System of Preferences]) – und damit auch der Zollfreiheit für Produkte aus den LDCs – ist Voraussetzung, dass die Produkte auch tatsächlich in dem exportierenden LDC hergestellt wurden. Die hierfür maßgeblichen Herkunftsregeln (rules of origin) sind in der Tat ausgesprochen kompliziert.³ Sie werden aus diesem Grund z.B. auch von der Außenhandelsvereinigung des deutschen Einzelhandels

² International Herald Tribune, March 1, 2001

³ Ein Überblick über die Herkunftsregeln für das EU-APS findet sich auf der UNCTAD-Website; <http://www.unctad.org/gsp/eu/euhtml/euwhole.asp>

(AVE) kritisiert, die eine formale und materielle Vereinfachung der Ursprungsregeln fordert. Hier besteht sicher Reformbedarf mit dem Ziel, die Regeln anwendungsfreundlicher zu machen, Rechtssicherheit zu schaffen und den Nutzen zu maximieren. Zu beachten ist in diesem Zusammenhang aber, dass die Ursprungsregeln des APS für die Gesamtheit der Entwicklungsländer gelten, nicht nur für die LDCs. Im Rahmen der EBA-Initiative wurde die Frage der Ursprungsregeln diskutiert. Die Kommission hat dabei darauf hingewiesen, dass die Ausarbeitung speziell für die LDCs geltender Ursprungsregeln der Entwicklung der letzten Jahre entgegenliefe, eine Vereinfachung und Harmonisierung der verschiedenen Ursprungsregeln anzustreben.

11. In seiner Stellungnahme kritisiert VENRO weiter, dass es sich bei der EBA-Initiative um eine freiwillige, einseitig erklärte Marktöffnung handele, die von der EU jederzeit widerrufen werden könne. Sie fordern deshalb eine „verbindliche Festschreibung“ des freien Marktzugangs für die LDCs. Lassen Sie mich hierzu Folgendes sagen. Es ist richtig, dass die Verordnung eine Klausel enthält, die es der Kommission ermöglicht, im Falle eines massiven Anstiegs der Einfuhren von Waren im Vergleich zu dem gewöhnlichen Produktionsniveau und der Ausfuhrkapazität der LDCs die Zollpräferenzen bzw. Zollfreiheit zu suspendieren. Ob eine Suspendierung in einem solchen Fall erfolgt, ist eine im politischen Ermessen der Kommission stehende Entscheidung. Die Klausel beinhaltet, ich räume das ein, hinsichtlich der Exportmöglichkeit eines Produkts bzw. der Bedingungen, zu denen es exportiert werden kann, einen Moment an Rechtsunsicherheit, die sich auf das Herausbilden von Produktionsstrukturen potenziell negativ auswirken kann. In der Praxis besteht, glaube ich, hier aber kein Anlass zur Sorge. Die Voraussetzungen für eine Suspendierung der Zollfreiheit sind relativ eng gefasst („massiver Anstieg“ der Einfuhren) und der Kommission ist zu unterstellen, dass sie, bei etwaiger Anwendung, der entwicklungspolitischen Zielsetzung der Vorschrift Rechnung trägt. Zur Position der Bundesregierung lassen sie mich eine Aussage aus dem Aktionsprogramm 2015 zitieren: „Die Bundesregierung tritt innerhalb der EU dafür ein, den Marktzugang der Entwicklungsländer durch Rückführung von Zöllen und Einfuhrquoten weiter auszubauen, wobei insbesondere die Handelspräferenzen der Entwicklungsländer stabil und berechenbar gestaltet werden sollen“.

12. Noch eine ergänzende Anmerkung zur Bestandskraft. Die Einführung des zoll- und quotenfreien Zugangs für Agrarprodukte aus den LDCs erfolgte im Rahmen der APS-Regeln der EU, konkret im Wege der Änderung der „Verordnung (EG) Nr. 2820/98 über ein Mehrjahresschema allgemeiner Zollpräferenzen für den Zeitraum 01. Juli 1999 bis 31. Dezember 2001“. Diese Verordnung muss vor Ende 2001 überprüft und – mit Geltungsdauer bis 2004 – in einer neuen Verordnung aktualisiert werden.⁴ Hierzu ist klarzustellen, dass die Bestimmungen über zoll- und quotenfreien Zugang für Agrarprodukte aus den LDCs von dieser Überprüfung nicht erfasst sind. In der Änderungsverordnung wurde ausdrücklich festgelegt, dass diese Regelungen über 2001 hinaus für einen unbefristeten Zeitraum fortbestehen und nicht von der in regelmäßigen Abständen erfolgenden Verlängerung der Geltungsdauer des Gemeinschaftssystems Allgemeiner Präferenzen abhängen.

13. Themenwechsel. Ich habe einleitend darauf hingewiesen, dass die Ursachen für das geringe Exportvolumen der LDCs vielschichtig sind und die Verbesserung des Zugangs zu den Märkten der Industriestaaten zwar notwendig, allein aber noch nicht ausreichend ist, der Marginalisierung der LDCs im Welthandel entgegen zu wirken. Die Gewährung freien

⁴ Zur Erläuterung: Das EU-APS beruht auf einem 10-Jahres-Schema (1995 – 2004). Die Umsetzungsregelungen sind in EU-Verordnungen mit jeweils drei- bis vierjährigen Laufzeiten konkretisiert. In diesem Jahr muss der Rat eine neue (die dritte und letzte) Verordnung für den letzten Abschnitt des zehnjährigen Anwendungszeitraums des Schemas mit Geltung bis 2004 beschließen.

Marktzugangs für Waren aus den LDCs wirkt sich nur dann und in dem Umfang positiv aus, in dem die LDCs in der Lage sind, die sich aus der Handelsliberalisierung ergebenden Marktchancen auch tatsächlich zu nutzen. Zur Illustration ein Beispiel, das ich dem DFID-White Paper zur Globalisierung entnommen habe: Die durch Ugandas Entfernung vom Meer, d.h. den Zugang zu den Seehäfen, in Verbindung mit den schlechten Straßen- und Eisenbahnverbindungen entstehenden Transportkosten bei dem Export von Kleidung, Textilien und Schuhen entsprechen einer Einfuhrabgabe von 80 Prozent.⁵ Dieses Beispiel zeigt, dass die Liberalisierung des Marktzugangs allein nicht ausreicht, Exportgüter wettbewerbsfähig zu machen. Um die Wirtschaftskraft der LDCs in einem Maße zu stärken, dass sie mit wettbewerbsfähigen Produkten am Welthandel erfolgreich teilnehmen können, ist ein integrierter sektorübergreifender Ansatz in der Entwicklungszusammenarbeit notwendig. Zum Abbau der *supply side constraints* kommt es im Rahmen der Handelsförderung darauf an, die LDCs in die Lage zu versetzen, ein breit gefächertes Warenangebot zu produzieren, das in den Industrieländern nachgefragt wird. Hierzu zählt auch, dass die angebotenen Produkte die einschlägigen gesundheits- und umweltbezogenen Produktstandards der Industrieländer erfüllen. Die diesbezügliche Unterstützung der LDC-Produzenten ist ein wichtiges Feld für die Entwicklungszusammenarbeit – auch um den Eindruck zu vermeiden, es gehe bei den Produktstandards um versteckten Protektionismus. Ich glaube, dass das, was ich gesagt habe, auch deutlich gemacht hat, dass es nicht um „*trade, not aid*“ geht, sondern um „*trade and aid*“ und dabei insbesondere auch um „*aid to trade*“.

14. Im Aktionsprogramm 2015 hat die Bundesregierung betont, dass sie die Entwicklungsländer beim Aufbau effizienter Handelskapazitäten unterstützt und sich für eine Verbesserung ihrer Handelschancen einsetzt. Die Politik des BMZ steht, wenn ich es richtig sehe, mit der in der VENRO-Stellungnahme erhobenen Forderungen (a) einer verstärkten handelspolitischen Beratung der LDCs und (b) einer Unterstützung der LDCs bei der Interessenvertretung in den internationalen Standardisierungs-gremien und, darüber hinaus gehend, allgemein einer Stärkung der Entwicklungsländer im WTO-System in Einklang. Inwieweit für diesen Zweck allerdings in Zukunft – in Abwägung mit anderen prioritären Politikfeldern – zusätzliche Mittel verfügbar gemacht werden können, ist für mich nicht absehbar.

15. Nur einige wenige Worte zum Bereich Landwirtschaft. Die VENRO-Stellungnahme spricht sich für erweiterte Schutz- und Unterstützungsrechte für die Landwirtschaft in den LDCs bei den WTO-Agrarverhandlungen aus, insbesondere für eine Ausnahme von jeglichen landwirtschaftlichen Subventionsbeschränkungen. Das Aktionsprogramm 2015 zielt in die gleiche Richtung. Es betont allgemein die Notwendigkeit, das in den WTO-Verträgen enthaltene System der Sonderbehandlung, das den Schwierigkeiten der Entwicklungsländer bei der Liberalisierung ihrer Volkswirtschaften Rechnung tragen soll, effizienter auszugestalten. In diesem Zusammenhang heißt es speziell zum Bereich Landwirtschaft, dass die Entwicklungsländer das Recht erhalten sollen, ihre Nahrungsmittelproduktion durch interne Stützungsmaßnahmen zu schützen, wenn dies die Ernährungssicherung fordert.

16. Ich möchte noch auf einen Punkt hinweisen, der in den handelsbezogenen Passagen der VENRO-Stellungnahme – meines Erachtens – nicht deutlich zum Ausdruck kommt, der aber ganz sicherlich auch kein Streitpunkt ist. Die LDC III-Konferenz steht auch unter dem Motto der Armutsbekämpfung. Soweit der Bereich Handel betroffen ist, ist mit Blick auf das Ziel der Armutsminderung entscheidend, dass die Handelsliberalisierung in eine umfassende nationale Entwicklungs- und Armutsminderungsstrategie integriert ist, das sog.

⁵ Eliminating World Poverty: Making Globalisation Work for the Poor, White Paper on International Development; DFID, 2000; par. 248.

mainstreaming of trade. Dieser Aspekt wird explizit auch in dem Aktionsprogramm 2015 der Bundesregierung hervorgehoben. Nationale Entwicklungsstrategien und Handelsförderungskonzepte müssen einen kohärenten Bezugsrahmen bilden. In den Ländern, die – im Rahmen der HIPC-Initiative – Poverty Reduction Strategy Papers (PRSPs) erarbeiten, sollte Handelsförderung ein integraler Bestandteil dieser sein. Dies ist in der Praxis leider noch viel zu selten der Fall.

17. Lassen Sie mich mit folgender Bemerkung zum Schluss meines Redebeitrags kommen. Wenn ich die Politik des BMZ und die Positionen der Bundesregierung zu Handelsfragen einerseits und die Stellungnahme von VENRO andererseits miteinander vergleiche, zeigt sich in weiten Bereichen eine Übereinstimmung. Wenn Sie darüber hinaus gehende Forderungen erheben, bedenken Sie auch, dass die Handelspolitik in die Kompetenz der Europäischen Gemeinschaft fällt, und die Bundesregierung auf die Ausgestaltung des Welthandelssystems deshalb nur über die EU Einfluss nehmen kann. Auf EU-Ebene und erst recht auf WTO-Ebene ist es häufig noch schwieriger als im nationalen Bereich, zu befriedigenden Kompromissen zu kommen.

NRO-Positionspapier

„Den ärmsten Ländern neue Chancen eröffnen!“

VENRO - Forum Umwelt und Entwicklung – Forum Weltsozialgipfel

Stellungnahme

anlässlich der UN-Konferenz
zur Lage der am wenigsten entwickelten Länder (LDC)
14. - 20. 5. 2001 in Brüssel

Die III. UN-Konferenz über die am wenigsten entwickelten Länder (Least Developed Countries / LDC) findet vom 14. - 20. Mai 2001 in Brüssel statt. Folgende Themen stehen auf der Agenda dieser Konferenz:

- Gute Regierungsführung - Beteiligung der Zivilgesellschaft am Entwicklungsprozess,
- Förderung der menschlichen Fähigkeiten durch Ausbau der Sozial-, Bildungs- und Gesundheitssysteme,
- Förderung der wirtschaftlichen Kapazitäten,
- Rolle der LDC im Globalisierungsprozess,
- Naturkatastrophen und Umweltschutz,
- Entwicklungsfinanzierung und Entschuldung.

Ziel des Aktionsplans, der bei dieser Konferenz verabschiedet werden soll ist es, „einen Rahmen für eine starke globale Partnerschaft zu bilden, um Wachstum und nachhaltige Entwicklung in LDC zu beschleunigen, Armut, Ungleichheit und Entbehrung in diesen Ländern zu bekämpfen und sie zu befähigen, sich zu ihren Gunsten in die Weltwirtschaft zu integrieren.“⁶ Anliegen der Konferenz ist es insbesondere, auf globaler Ebene Maßnahmen zu beschließen, um dem Ziel einer Halbierung der Armut auf globaler Ebene bis 2015 näher zu kommen. Dieses Ziel wurde im September 2000 von den Regierungschefs bzw. hochrangigen Vertretern aller UN-Mitgliedsstaaten beim "Millenniums-Gipfel" der Vereinten Nationen beschlossen.

Lebensbedingungen in den ärmsten Ländern

Zu den am wenigsten entwickelten Ländern der Welt (LDC) gehören 48 Länder in Afrika, Asien und Lateinamerika, in denen 614 Millionen Menschen im Durchschnitt mit weniger als einem Dollar pro Tag ums Überleben kämpfen.

Die Lebensbedingungen in vielen dieser ärmsten Länder haben sich, wie der neueste LDC-Bericht der UNCTAD⁷ belegt, in den letzten Jahren sogar verschlechtert. 15 Prozent der Kinder in diesen Ländern erreichen nicht das 15. Lebensjahr. Diejenigen, die überleben, haben im Vergleich zu anderen Entwicklungsländern mit durchschnittlich 51 Jahren eine

⁶ Draft Programme of Action for the Least Developed Countries for the Decade 2001 - 2010 / A/Conf.191/IPC/L.4 (15. 12. 2000) No.1 / inoffizielle Übersetzung.

⁷ United Nations Conference on Trade and Development, The Least Developed Countries 2000 Report, New York and Geneva 2000.

deutlich niedrigere Lebenserwartung. Die Rate der Analphabeten und des Bevölkerungszuwachses ist in diesen Ländern am höchsten.

Verantwortung der nationalen Regierungen

Die Misere in vielen dieser armen Länder, vor allem aber das Fehlen einer wirksamen Entwicklungspolitik, hat wesentliche Ursachen im Versagen ihrer nationalen Regierungen. Massive Menschenrechtsverletzungen, Unterdrückung von Eigeninitiative und Verweigerung einer wirksamen Beteiligung der Menschen am nationalen Entwicklungsprozess, vor allem innere gewalttätige Konflikte und schwache, oft korrupte Verwaltungsapparate tragen wesentlich zum Entwicklungsstillstand oder -rückgang in diesen Ländern bei.

Deshalb ist es angemessen, dass der Entwurf des UN-Aktionsplans zunächst die Eigenverantwortung der LDC anspricht, mögliche Handlungsperspektiven dieser Länder vorstellt und die Verantwortung der nationalen Regierungen für eine entwicklungsorientierte Politik und eine gute, verantwortungsbewußte Regierungsführung an den Anfang stellt.

Internationale Verantwortung

Von großer Bedeutung für Entwicklungsfortschritte sind jedoch auch die internationalen Rahmenbedingungen, die es vielen der ärmsten Entwicklungsländer schwer gemacht haben, soziale und wirtschaftliche Fortschritte zu erzielen. Die Gesamtverschuldung dieser Länder ist in den neunziger Jahren auf über 150 Milliarden US-Dollar gestiegen - sie ist inzwischen höher als ihr jährliches Bruttosozialprodukt. Der Schuldendienst lastet - trotz einiger Schuldenreduzierungen - schwer auf vielen dieser Länder und schränkt die Fähigkeit zur Entwicklung aus eigener Kraft ein. Zugleich hat die Dynamik der Globalisierung den Abstand zwischen den reichen und den armen Ländern vergrößert und die meisten von ihnen in der Weltwirtschaft an den Rand gedrängt; ihr Anteil am Welthandel ist auf eine marginale Größe von 0,3 - 0,4 % geschrumpft. Eine Ursache für diese Abwärtsentwicklung ist auch der massive Verfall der Preise für agrarische und mineralische Rohstoffe, die für viele dieser Länder Haupteinnahmequelle sind.

Die Leistungen der bi- und multilateralen Entwicklungshilfe für die LDC blieben zudem weit hinter dem in den Vereinten Nationen vereinbarten Ziel zurück, das die Industrieländer verpflichtet, 0,15 % ihres Bruttosozialproduktes für die Hilfe an diese Länder bereitzustellen. Auch die Zielsetzung, 0,7 Prozent des Bruttosozialproduktes für die Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung zu stellen, wurde nur von den wenigsten Länder eingelöst wurde.

Der Entwurf des UN-Aktionsplans unterstreicht die große Bedeutung, die den Menschen in den LDC selbst für eine nachhaltige Entwicklung zukommt. Nationale und internationale Entwicklungspolitik müssen die Menschen in den Mittelpunkt stellen und dafür Sorge tragen, dass die Armen selbst die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen in die eigene Hand nehmen können. Der Beteiligung der Zivilgesellschaft, die in vielen der ärmsten Länder nach wie vor nicht erwünscht, oft sogar gezielt unterdrückt wird, kommt deshalb für die Umsetzung der Ziele des Aktionsprogramms eine zentrale Bedeutung zu.

Als deutsche Nichtregierungsorganisationen konzentrieren wir uns in unserer Stellungnahme zum Entwurf des UN-Aktionsplans auf jene Verpflichtungen, die vor allem die Verantwortung der wohlhabenden Industrieländer, insbesondere Deutschlands und der Europäischen Union betreffen. Darüber hinaus sprechen wir die Frage der Umsetzung des Aktionsplans der UN-Konferenz und deren Überprüfung an.

Verpflichtung 3: Förderung menschlicher Fähigkeiten

Schwerpunkt Armutsbekämpfung: die Ziele sind zwar richtig, ...

Der Aktionsplan der UN-Konferenz bezieht sich eng auf die von der internationalen Gemeinschaft beim Millennium-Gipfel der Regierungschefs und Staatenvertreter vereinbarten Entwicklungsziele, insbesondere auf das Ziel, den Anteil der in äußerster Armut lebenden Menschen bis zum Jahr 2015 um die Hälfte zu reduzieren. Als Beiträge auf dem Weg zu diesem Ziel werden genannt: die Senkung der Analphabetenrate für Erwachsene, gleichberechtigter Zugang für Mädchen zur Primarbildung, eine drastische Senkung der Kinder- und Müttersterblichkeit, eine Förderung selbstbestimmter Familienplanung, eine Verbesserung der medizinischen Grundversorgung und der hygienischen Verhältnisse (insbesondere sichere Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung) sowie eine deutliche Verringerung der HIV/AIDS-Infektionsraten.

Um diese Ziele zu erreichen, sind insbesondere in den ärmsten Entwicklungsländern Investitionen in soziale Grunddienste wie Grundbildungs- und Ausbildungsangebote, Gesundheitsversorgung und Hygieneförderung sowie selbstbestimmte Familienplanung erforderlich. Die Vordringlichkeit der Förderung solcher Investitionen in die soziale Infrastruktur wurde von der Staatengemeinschaft beim Weltsozialgipfel (Kopenhagen 1995) unterstrichen. Bei dieser UN-Konferenz haben sich die Staats- und Regierungschefs verpflichtet, die ökonomische, soziale und menschliche Entwicklung in Afrika und den am wenigsten entwickelten Ländern zu beschleunigen (Verpflichtung 7 der Abschlusserklärung des Weltsozialgipfels 1995). In Kopenhagen wurde die sogenannte 20/20-Initiative beschlossen, die die gemeinsame Verantwortung von Nord und Süd für globale Armutsbekämpfung unterstreichen sollte. Dieser Beschluß sieht vor, dass Entwicklungsländer 20 % ihres Staatsbudgets und die Industrieländer 20 % ihrer Entwicklungshilfe für die Finanzierung sozialer Grunddienste zur Armutsbekämpfung einsetzen. UNICEF-Untersuchungen zufolge würden sich die schlimmsten Erscheinungsformen von Armut bei voller Umsetzung dieses Beschlusses mit relativ bescheidenen Mitteln, nämlich ca. 50 Mrd. US-Dollar jährlich, nachhaltig bekämpfen lassen.

... aber die eingesetzten Mittel sind zu gering: faktische Halbierung der 20/20-Initiative in Nord und Süd

Die für die Armutsbekämpfung hochbedeutsame 20/20-Initiative ist aber bisher auf Seiten der Geber- und der Empfängerländer von Entwicklungshilfe nur unzureichend umgesetzt worden. Die Dokumentation der Ausgaben für soziale Basisdienste in der Entwicklungshilfe der OECD-Staaten seit Mitte der neunziger Jahre zeigt, dass entgegen den Beschlüssen von Kopenhagen keine wirkliche Neuorientierung der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit stattgefunden hat. Nur zwei OECD-Länder, Irland und Luxemburg, haben in den Jahren 1997/1998 tatsächlich 20% ihrer Entwicklungshilfe für die Förderung sozialer Grunddienste eingesetzt. Im Durchschnitt investieren die OECD-Länder nicht viel mehr als die Hälfte (11 % ihrer gesamten Entwicklungshilfeleistungen) der zugesagten Mittel in den Aufbau sozialer Grunddienste in den armen Ländern des Südens. In Deutschland sind die entsprechenden Mittel sogar kontinuierlich von fast 19% im Jahr 1998 auf mittlerweile 13,5% (Budgetansatz für 2001) gesunken. Insbesondere die Förderung von Basisgesundheitsdiensten schlägt mit 51,3 Mio. DM oder 2,1% der bilateralen Regierungszusagen kaum mehr zu Buche.

Besorgniserregend ist die Tatsache, dass es allen Zielvereinbarungen im Rahmen der Vereinten Nationen zum Trotz eine wirkliche Armutsorientierung in der Sozialpolitik der meisten Entwicklungsländer ebensowenig gegeben hat. Die Ausgaben der öffentlichen Haushalte für alle Sozialdienste in Entwicklungsländern, die oft sogar nicht prioritär den Armen, sondern der Mittel- und Oberschicht zugute kommen, betragen insgesamt nur 15%. Bei den am wenigsten entwickelten Ländern ist der Anteil noch niedriger, nämlich 11%. Wie auch in anderen Bereichen der internationalen Politik gibt es auch hier eine krasse Kluft zwischen Ankündigungen, Beschlüssen sowie gut formulierten (Selbst)verpflichtungen einerseits und der politischen Praxis andererseits.

Im Interesse einer wirksamen globalen Armutsbekämpfung durch soziale Investitionen in den ärmsten Ländern fordern wir von der Bundesregierung

- **eine proaktive Umsetzung des 20/20-Beschlusses des Weltsozialgipfels als Mittel zur Armutsbekämpfung**

Die Bundesregierung soll im Rahmen der Umsetzungsregelungen für den Aktionsplan 2015 einen Zeitplan zur Anhebung des Anteils der Förderung sozialer Grunddienste in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit vorlegen, so dass spätestens im Jahr 2005 20% der Entwicklungshilfe für diese Instrumente der Armutsbekämpfung aufgewendet werden. Angesichts des bedeutsamen Anteils der Europäischen Union an den weltweiten Entwicklungshilfeleistungen (ca. 60 %), sollten sich auch andere EU-Staaten zu dieser Schwerpunktsetzung verpflichten und ihr damit höhere Wirksamkeit verleihen. Diese Zielsetzung sollte durch entsprechende Verpflichtungen der Partnerländer im Süden ergänzt werden.

Um eine entsprechende Schwerpunktsetzung in der Förderung sozialer Grunddienste in der Politik und in den Budgets der Entwicklungsländer voranzutreiben, sollten das BMZ bzw. die Durchführungsorganisationen der Entwicklungszusammenarbeit neben dem politischen Dialog mit den Partnerregierungen in Kooperation mit der Zivilgesellschaft in diesen Ländern Runde Tische zur Diskussion über Entwicklungsprioritäten in der Armutsbekämpfung initiieren.

- **einen Vorrang der Menschenrechte vor Patentrechten: für eine entwicklungsverträgliche Anwendung des TRIPS-Abkommens**

Das UN-Aktionsprogramm betont zwar die Notwendigkeit einer verstärkten Bekämpfung von Krankheiten und Epidemien und fordert, den ärmsten Ländern einen kostengünstigen bzw. kostenlosen Zugang zu Impfstoffen und Arzneimitteln zu ermöglichen, spricht aber die zunehmende Bedeutung von Pharma-Patenten in diesem Zusammenhang nicht an.

Um den Vorrang der Menschenrechte vor einzelnen Regulierungen der Welthandelsordnung sicherzustellen, wie er von der UN-Unterkommission für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte im vergangenen Jahr eingefordert wurde, sollte sich die Bundesregierung bei der laufenden Überprüfung des WTO-Vertrages über geistige Eigentumsrechte (TRIPS) dafür einsetzen, dass Patentrechte nicht in Widerspruch insbesondere zu den Rechten auf Gesundheit und Nahrung geraten.

Damit auch ärmeren Bevölkerungsschichten und ärmeren Ländern der Zugang zu lebenswichtigen Medikamenten möglich wird bzw. bleibt, sollte sie dafür Sorge tragen, dass die Gestaltung und Auslegung dieses WTO-Vertrags die Durchsetzung von Gemeinwohlinteressen armer Bevölkerungsgruppen in Entwicklungsländern gegenüber privatwirtschaftlichen Interessen einzelner Patentinhaber hinreichend ermöglicht.

Verpflichtung 5: Globalisierung für LDC nutzbar machen

Ärmste Entwicklungsländer sind im Welthandel an den Rand gedrängt

Eine wirksamere Beteiligung der ärmsten Länder am Welthandel bietet Chancen für ökonomische Entwicklung und Armutsbekämpfung, die bisher nur von einer begrenzten Zahl von Ländern vor allem aus Asien und Lateinamerika, kaum jedoch aus Afrika genutzt werden konnten. Insbesondere die ärmsten Entwicklungsländer haben bisher kaum ihr wirtschaftliches Potential entfalten können, um von der Globalisierung zu profitieren. Wesentliche Gründe dafür sind:

- eine oft seit der Kolonialzeit auf die Ausfuhr von Rohstoffen und wenigen landwirtschaftlichen Produkten ausgerichtete Wirtschaftsstruktur;
- hohe Zollschränken und andere Handelshemmnisse der Industrieländer, die die Absatzchancen für Produkte der ärmsten Länder stark einschränken;
- eine Welthandelsordnung und -organisation, in der wirtschaftlich schwächere Länder ihre Interessen nicht gleichberechtigt mit den wesentlich dominanteren Industriestaaten zur Geltung bringen können.

Ein zoll- und quotenfreier Zugang für alle Waren aus LDC in den europäischen Markt wird schon seit vielen Jahren von Vertretern dieser Länder und entwicklungs-politischen Nichtregierungsorganisationen gefordert. Ein entsprechender Vorschlag der EU-Kommission ("Everything but arms"-Initiative) vom Herbst 2000 hat gerade von entwicklungspolitisch Engagierten viel Unterstützung erfahren. Leider wurde diese Initiative durch EU-Staaten und Agrarbranchen, die dadurch möglicherweise Einbußen erleiden könnten, eingeschränkt, so dass der Marktzugang für Bananen bis 2006 und Zucker und Reis bis 2009 durch Quoten beschränkt bleiben wird. Zudem handelt es sich um eine freiwillige einseitige Marktöffnung, die von der EU jederzeit einseitig widerrufen werden kann. Die EU behält sich das Recht zur "vorübergehenden Rücknahme der Präferenzen" ausdrücklich vor, wenn ihre "finanziellen Interessen" durch das massive Ansteigen der Einfuhr von Waren aus LDC beeinträchtigt werden.

Die Angebote der EU zur Verbesserung der handels- und investitionspolitischen Rahmenbedingungen in LDC durch Beratung und andere Formen der technischen Zusammenarbeit bleiben im wesentlichen unverbindliche Absichtserklärungen. Damit gehen sie über die enttäuschende Praxis der internationalen Zusammenarbeit zur Förderung der Handelspolitik von LDC nicht hinaus, die 1998 im Rahmen einer hochrangigen Konferenz unter Beteiligung von IWF, Weltbank, International Trade Center, UNCTAD, UNDP und WTO beschlossen worden war. Mangels finanzieller Ausstattung dieses Programms durch die Industrieländer wurden in den letzten drei Jahren für lediglich fünf der ärmsten Entwicklungsländer "runde Tische" zur Analyse und Diskussion ihres Beratungs- und Unterstützungsbedarfs durchgeführt. Die WTO schlägt nun ein "Pilot-Programm" zur verbesserten Umsetzung vor, in das auch die bilateralen Geber wie die EU intensiv einbezogen werden sollen.

Weder im Entwurf für das UN LDC -Aktionsprogramm noch im Vorbereitungspapier der EU wird das TRIPS-Abkommen der WTO angesprochen, das den weltweiten Schutz geistiger Eigentumsrechte - unter anderem in Form von Mindeststandards für Patente, durchsetzen soll und damit in Konflikt mit dem Schutz der biologischen Vielfalt, der Ernährungssicherheit und dem Zugang gerade der armen Bevölkerungsgruppen zu lebensnotwendigen Medikamenten gerät.

Im Interesse einer wirksamen globalen Armutsbekämpfung in den ärmsten Ländern durch deren wirksamere Beteiligung am Welthandel fordern wir von der Bundesregierung und der Europäischen Union verbindliche Zugeständnisse der reichen Länder in der Welthandelspolitik.

Damit die ärmsten Entwicklungsländer ihre marginale Rolle im Welthandel überwinden und verstärkt von einer Beteiligung am Welthandel profitieren können, reichen die Anstrengungen dieser Länder selbst - so wichtig sie auch sind - und die technische Beratung und Unterstützung ihrer Handels- und Investitionspolitik nicht aus.

Die Europäische Union hat in den letzten Monaten immer wieder darauf hingewiesen, dass es notwendig sei, die Welthandelspolitik stärker an den Interessen der ärmeren Länder zu orientieren. Um diesen Anspruch einzulösen, sollte die EU eine Vorreiterrolle für eine glaubwürdigere Handelspolitik gegenüber dem Süden einnehmen, indem sie

- die einseitige - leider eingeschränkte - Marktöffnung für LDC-Exporte als verbindliches Zugeständnis in der WTO festschreibt und auf das Recht zur temporären Rücknahme der Präferenzen verzichtet;
- die Ursprungsregeln für Produkte, die in LDC unter Verwendung von Vorleistungen aus anderen Ländern hergestellt werden, vereinfacht;
- die Beteiligung der LDC an der Arbeit der internationalen Standardisierungsgremien durch finanzielle und technische Hilfe ebenso unterstützt, wie die Anpassung der Exportproduktion an die internationalen und europäischen Standards;
- ihre bilaterale Unterstützung für handelspolitische Beratung und Unterstützung der LDC in das von den internationalen Organisationen getragene Pilotprogramm einbringt und ihre Beiträge zu dessen Finanzierung substanziell erhöht; ihren bei den WTO-Agrarverhandlungen eingebrachten Vorschlag, über erweiterte Schutz- und Unterstützungsrechte für die Landwirtschaft in LDC (u.a. Ausnahme von jeglichen landwirtschaftlichen Subventionsbeschränkungen) nachdrücklich vertritt, weiter konkretisiert und für dessen Unterstützung durch andere Industrieländer eintritt;
- sich der Forderung vieler Entwicklungsländer nach einer Änderung des TRIPS-Abkommens anschließt, die einen besseren Schutz traditionellen Wissens und ein rechtsverbindliches System eines geregelten Zugangs und eines gerechten Vorteilsausgleichs bei der kommerziellen Verwertung ihrer genetischen Ressourcen durch multinationale Konzerne vorsieht.

Verpflichtung 7: Mobilisierung finanzieller Ressourcen und Armutsbekämpfung in den ärmsten Entwicklungsländern

Entwicklungsfinanzierung

Entwicklungshilfe für die ärmsten Länder - von vereinbarten Zielen weit entfernt

Die privaten Kapitalzuflüsse in Entwicklungsländer haben zwar in den letzten Jahren im Umfang stark zugenommen, konzentrieren sich aber fast ausschließlich auf die sogenannten "Schwellenländer", d.h. Entwicklungsländer auf der Schwelle zum Industrieland. Nur etwa 3 % der weltweiten privaten Direktinvestitionen fließen derzeit in die LDC.

Aufgrund der geringen Wirtschaftskraft und der durchschnittlichen Einkommen am oder unter dem Existenzminimum bestehen auch nur sehr begrenzte Möglichkeiten, nennenswertes Kapital in diesen armen Ländern selbst zu mobilisieren, wenngleich dies eine wichtige Herausforderung ist und bleibt.

Deshalb bleiben öffentliche Entwicklungshilfeleistungen die wichtigste Quelle zur Entwicklungsfinanzierung in den LDC.

Schon auf der 1. UN LDC -Konferenz 1981 wurde vereinbart, dass alle Industriestaaten mindestens 0,15% ihres Bruttosozialproduktes (BSP) als Entwicklungshilfe für die am wenigsten entwickelten Länder bereitstellen sollten. Dieses Ziel wurde im Aktionsprogramm der 2. UN LDC -Konferenz 1990 bestätigt und durch die Zielperspektive ergänzt, dass die Entwicklungshilfe für diese Länder im Jahr 2000 auf 0,2% des BSP gesteigert werden sollte.

Entgegen diesen Absichtserklärungen sinken aber die Entwicklungshilfeleistungen für die LDC. Das vereinbarte 0,15 %-Ziel wird lediglich von Norwegen, Dänemark, Schweden, den Niederlanden und Luxemburg eingelöst. Betrug der Anteil der LDC an der „Official Development Aid“ (ODA) aller OECD-Staaten 1992 noch 10 %, so sank ihr Anteil bis 1999 auf nur noch 6%.

In Deutschland wurden 1999 nur 0,05% des BSP (1.098 Mill. \$) an Entwicklungshilfe für die LDC zur Verfügung gestellt. Zehn Jahre zuvor betrug der deutsche Beitrag noch 0,10 % des BSP. Die mangelnde Priorität der Förderung der ärmsten Länder im vergangenen Jahrzehnt wird u.a. daran ersichtlich, dass unter den 10 größten Empfängern deutscher Entwicklungshilfe lediglich ein Staat (Tansania) zur Gruppe der LDC zählt. Auch die Pläne des BMZ für eine künftige Schwerpunktsetzung in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit lassen kein verstärktes Engagement für LDC erkennen. Im Gegenteil: nach der im Juni 2000 erstellten Länderliste des BMZ tauchen ein gutes Drittel der LDC weder als Schwerpunkt- oder Partnerländer, noch als potentielle Kooperationsländer auf.

Im Interesse einer wirksamen globalen Armutsbekämpfung in den ärmsten Ländern fordern wir deshalb von der Bundesregierung eine Schwerpunktsetzung deutscher und europäischer Entwicklungshilfe auf die Förderung der ärmsten Länder und ihrer Bevölkerungen.

- Bundestag und Bundesregierung sollen dafür Sorge tragen, dass bis 2010 der Anteil der LDC-Förderung am BSP von heute 0,05% auf zumindest 0,15% gesteigert wird. Die Förderung sozialer Grunddienste, der Demokratisierung und einer ökologisch nachhaltigen Entwicklung sollten dabei den Schwerpunkt bilden.
- Bilateral ist dazu auch eine kontinuierliche Steigerung der Zusagen für Finanzielle und Technische Zusammenarbeit für LDC aus dem BMZ-Etat notwendig. Deren Anteil an den deutschen Entwicklungshilfeleistungen sollte in den nächsten 3 Jahren auf mindestens 35% gesteigert werden.
- Im multilateralen Rahmen sollte sich die deutsche Regierung dafür einsetzen, dass die EU ihre Entwicklungszusammenarbeit stärker auf die LDC konzentriert. Die Zusammenarbeit mit den AKP-Staaten bildet hierfür eine gute Ausgangsposition.

Die Erschließung neuer Finanzquellen für die internationale Armutsbekämpfung durch internationale Steuern auf Devisenspekulationen

- Zur Sicherung ausreichender Finanzmittel für die LDC ist es auch notwendig im kommenden Jahrzehnt, innovative Finanzquellen zu erschließen. Die Bundesregierung sollte sich dafür einsetzen, dass eine internationale Steuer auf Devisenspekulation erhoben wird und die Erlöse gezielt für die direkte Armutsbekämpfung in LDC und anderen Entwicklungsländern bereitgestellt werden.

Verschuldung

Der Aktionsplan der LDC-Konferenz stellt fest, dass die Überschuldungssituation für viele LDC nach wie vor ein gravierendes Hindernis für Armutsbekämpfung und Wachstum ist. Hohe Schuldendienstzahlungen belasten die öffentlichen Haushalte und gehen zu Lasten nötiger Investitionen z. B. im Bereich der grundlegenden sozialen Infrastruktur der betroffenen Länder. Aber auch die Integration der ärmsten Länder in die Weltwirtschaft setzt eine nachhaltige Überwindung ihrer internationalen Verschuldung voraus. Nur eine ausreichende Entschuldung wird die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für in- und ausländische Investitionen, die wichtige Beiträge zur Entwicklungsfinanzierung leisten können, ausreichend verbessern. Eine dauerhafte Lösung der Überschuldungssituation bedarf einer substanziellen Verringerung der gegenwärtigen Schuldenlast, gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass die Neuverschuldung aufgrund von Handelsbilanzdefiziten nicht zu einer neuen untragbaren Schuldenbelastung führt.

Von den 48 am wenigsten entwickelten Ländern gehören 32 zur Gruppe der hochverschuldeten armen Länder (Highly Indebted Poor Countries / HIPC). Von den verbleibenden 16 LDC befinden sich mindestens sechs Länder in einer kritischen Verschuldungssituation. Auch für diese Länder besteht Handlungsbedarf.

Im Interesse einer wirksamen globalen Armutsbekämpfung durch eine substanzielle Schuldenreduzierung fordern wir von der Bundesregierung

- Für die Streichung der bilateralen Schulden für LDC außerhalb der HIPC-Gruppe sollten vergleichbare Lösungen gefunden werden, wie sie im Entwurf des UN-Aktionsplans vorgesehen sind.
- Forderungen öffentlicher Gläubiger gegenüber überschuldeten LDC sollen möglichst rasch gestrichen werden. Bereits beim oder nach dem Kölner G7-Gipfel (1999) wurden für die Gruppe der HIPCs im Bereich der bilateralen Forderungen über die multilateral vereinbarten Schuldenreduzierungen hinausgehende zusätzliche Erlasse beschlossen (Streichung aller Forderungen, die aus öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen resultieren, sowie aller nicht-konzessionären Forderungen über die im Pariser Club vereinbarten Erlasse hinaus). Das im Aktionsplan vorgesehene kontinuierliche Monitoring bedarf ebenso wie die Entschuldungsmaßnahmen selbst, flexibler Kriterien für die Schuldentragfähigkeit. Die Schuldentragfähigkeitsgrenzen für alle LDC sollen von dem derzeitigen Niveau der HIPC-Initiative (150% Barwert der Gesamtverschuldung im Verhältnis zu den jährlichen Exporteinnahmen) auf eine realistischere Größenordnung abgesenkt werden. Als realistisches Entlastungsziel kann für viele Länder eine Gesamtverschuldung (Barwert) im Verhältnis zu den jährlichen Exporteinnahmen in Höhe von 50% angesehen werden. Mit einer solch konservativen Annahme der künftigen Schuldentragfähigkeit kann - wie es der Aktionsplan 2015 der Bundesregierung vorsieht - vermieden werden, dass auf Grund geringer Störungen im Bereich der Terms of Trade die existierende Initiative bereits wieder nachgebessert werden muss.

- Die Verbindung von Armutsbekämpfung und Entschuldung kann auch bei den LDC nur gelingen, wenn die Planung und Umsetzung entsprechender Entwicklungsaktivitäten vom Schuldnerland selbst gesteuert wird. Daher müssen sich die Gläubigerregierungen dafür einsetzen, dass die Internationalen Finanzinstitutionen tatsächlich den Spielraum für länderspezifische alternative Entwicklungswege lassen.
- Der Entwurf des UN-Aktionsplans fordert ein sofortiges Moratorium auf Schuldendienstzahlungen der LDC. Wir unterstützen diese Forderung, um notwendige Entlastungen so schnell wie möglich und bereits vor Ablauf eines umfassenden Entschuldungsverfahrens zu erreichen. Wir schlagen vor, dass bis zu einer endgültigen Regelung aller Schuldendienstzahlungen der LDC Rückzahlungen nicht mehr an die Gläubiger, sondern in einen von den UN zu verwaltenden Treuhandfonds geleistet werden. Nach multilateralem Beschluss über eine endgültige Regelung werden die eingegangenen Beträge entsprechend an die Gläubiger bzw. für vereinbarte Projekte der Armutsbekämpfung an die Schuldnerregierungen ausgezahlt. Auf diese Weise bleibt sichergestellt, dass den Schuldnerregierungen ein Anreiz zu internen Reformen erhalten bleibt.
- Um die (periodische) Wiederkehr von Überschuldungskrisen sowohl im Fall der LDC als auch generell zu verhindern, müssen die Schuldner-Gläubiger-Beziehungen auf eine neue Grundlage gestellt werden. In Zukunft soll bei Zahlungsproblemen einzelner Schuldnerländer nicht mehr im Pariser Club bzw. in den Vorständen von Weltbank und IWF entschieden werden. Vielmehr soll - analog zu nationalen insolvenzrechtlichen Verfahren - ein faires und transparentes Schiedsverfahren bei Zahlungsschwierigkeiten durchgeführt werden. Auch Forderungen privater Gläubiger sollten Gegenstand solcher Verhandlungen werden.

Noch ein Aktionsplan, der nicht verwirklicht wird ?

Bei der ersten Vorbereitungssitzung für die bevorstehende UN-Konferenz über ärmste Entwicklungsländer betonte der UNCTAD-Generalsekretär Rubens Ricupero, „dass die zentrale Frage, die wir ansprechen müssen, das zwanzig Jahre alte Glaubwürdigkeitsproblem bezüglich der Verpflichtungen ist, die zunehmende Marginalisierung dieser Länder umzukehren und sie auf den Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung zu bringen. Nach zwei früheren Konferenzen, deren Aktionsplänen und der traurigen Erkenntnis, dass keiner von ihnen umgesetzt wurde, fragen sich die am wenigsten entwickelten Länder völlig berechtigt, warum sie Hoffnung in eine dritte Konferenz und einen weiteren globalen Aktionsplan setzen sollten. Sie könnten versucht sein zu sagen: déjà vu.“⁸

Der Aktionsplan der UN LDC -Konferenz enthält differenzierte Vorschläge, wie er unter Beteiligung der Menschen in den ärmsten Entwicklungsländern umgesetzt und überprüft werden kann. Vorrangige Verantwortung für die Realisierung der bei der UN-Konferenz vereinbarten Maßnahmen tragen die Regierungen der LDC selbst. Für die Aufstellung länderspezifischer Aktionspläne sollen sie Unterstützung durch die Planungskompetenz internationaler Organisationen wie z. B. UNDP und Weltbank erhalten. Maßstab für die Umsetzung sollen die länderspezifisch definierten Ziele und die international beim Millennium-Gipfel der Vereinten Nationen (2000) vereinbarten Entwicklungsziele, insbesondere die Halbierung absoluter Armut, sein.

⁸ Rubens Ricupero zit. nach: NGLS Roundup (United Nations Non-Governmental Liaison Service), No. 60, Sept. 2000, 1 (nicht-offizielle Übersetzung).

Eine wichtige Aufgabe in der Überprüfung und Fortschreibung der vereinbarten Maßnahmen weist der Aktionsplan auch verschiedenen Organen und Organisationen der Vereinten Nationen zu, so z. B. die Durchführung einer Sondersitzung der UN-Generalversammlung im Jahr 2006.

Im Interesse einer wirksamen globalen Armutsbekämpfung in den ärmsten Ländern durch eine nachhaltige Überprüfung der Umsetzung der vereinbarten Maßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene fordern wir von der Bundesregierung

- sich auf internationaler Ebene für eine wirksame Überprüfung der Realisierung der von der III. UN LDC -Konferenz vereinbarten Maßnahmen einzusetzen;
- die Maßnahmen des Aktionsplans der III. UN LDC -Konferenz zur Armutsbekämpfung in den Umsetzungsplan zum nationalen Aktionsplan 2015 der Bundesregierung zu integrieren;
- das Dialogforum 2015 (das zur Umsetzung des nationalen Aktionsplans 2015 eingerichtet werden soll) zu beauftragen, auch die Umsetzung der zur Armutsbekämpfung in den LDC vereinbarten Maßnahmen des UN-Aktionsplanes zu beobachten und entsprechende Handlungsempfehlungen zu erarbeiten.

Ob die III. UN-Konferenz zur Situation der Menschen in den ärmsten Ländern dieser Erde erneut ein Fehlschlag für diese oder ein substantieller Beitrag für die Überwindung ihrer elenden Lebensbedingungen wird, hängt maßgeblich vom politischen Willen der Regierungen in diesen Ländern, aber auch von den Prioritäten der internationalen Gemeinschaft ab. Ohne vermehrte Anstrengungen, die Entwicklung der LDC zu fördern, werden diese zu "Inseln der Armut" in einer sich rasch entwickelnden Weltwirtschaft.

Nette Gesten statt neuer Entwicklungschancen

Bilanz der 3. UN LDC-Konferenz aus Sicht von VENRO

Britta Krüger/ Klaus Wardenbach

Auch die dritte UN-Konferenz für die am wenigsten entwickelten Länder (LDC) ist am 20. Mai 2001 in Brüssel so wenig spektakulär zu Ende gegangen wie die beiden Vorgängerkonferenzen in den Jahren 1981 und 1990 in Paris: Mit der Verabschiedung einer politischen Abschlusserklärung, der „Brussels Declaration on LDCs“, und der Annahme eines voluminösen, 60-seitigen Aktionsprogramms für die Dekade 2001-2010.

Zwar wird in der Abschlusserklärung schon in der Einleitung festgestellt, dass die Ziele des Aktionsprogramms der 2. UN LDC Konferenz von 1990 keinesfalls erreicht worden sind und sich an der Marginalisierung der ärmsten Länder nichts geändert hat. Unklar bleibt aber, inwiefern das neue Aktionsprogramm die Defizite seines Vorläufers überwinden können wird, zumal es dessen Zielsetzungen im Wesentlichen nur wiederholt und keine konkreten Vereinbarungen für die Umsetzungen der skizzierten Ziele und Verpflichtungen enthält. Im Gegenteil: Das ursprünglich im Entwurf des Aktionsprogramms enthaltene Ziel, im Jahr 2006 eine Sondergeneralversammlung der UN zur Halbzeit-Überprüfung der Umsetzung des LDC-Aktionsprogrammes 2001-2010 zu veranstalten, taucht in der am 20. Mai verabschiedeten Endfassung nicht mehr auf. Entscheidungen über effektive „Follow-up“-Mechanismen wurden von den teilnehmenden Regierungen als Arbeitsauftrag an den UN-Generalsekretär delegiert. Kofi Annan soll ebenfalls prüfen, ob hierzu von der UN in New York ein eigener „High Representative“ für LDCs eingesetzt werden soll, oder ob - wie bisher - die UNCTAD in Genf mit dem Monitoring der zum Konferenzende gemachten Versprechungen und Verpflichtungen betraut wird.

Die UN LDC III Konferenz fand keine 9 Monate nach dem „Millennium-Gipfel“ der Vereinten Nationen statt. Dort hatten sich 146 Staats- und Regierungschefs auf sogenannte „global development goals“ verpflichtet, die eine Halbierung der extremen Armut bis zum Jahr 2015 vorsehen. Trotzdem war auf der Brüsseler UN LDC Konferenz weder in Bezug auf die Qualität noch auf die Quantität der getroffenen Vereinbarungen viel davon zu spüren, dass die Millennium-Ziele auch wirklich ernst genommen würden. Zu Konferenzende fiel die Bewertung der Konferenzfolge durch die unterschiedlichen Akteure naturgemäß recht unterschiedlich aus: Während die Veranstalter, z.B. John Cuddy als Leiter des Konferenzsekretariats, eher lobende Worte zum Abschluss fanden und Poul Nielson, Kommissar für Entwicklungspolitik der gastgebenden EU-Kommission, sich zu geradezu euphorischen Bewertungen verstieg, war die Einschätzung der Konferenzfortschritte durch die Vertreterin des NGO-Forums, Christine Mandela, oder durch den iranischen Botschafter, der im Namen der „Gruppe der 77“ sprach, eher skeptisch. Diese Skepsis wurde auch von Rubens Ricupero, dem Generalsekretär der UNCTAD geteilt, der in seiner Abschlussrede erklärte, unzufrieden mit den erreichten Resultaten zu sein, da wesentliche Durchbrüche bei Themen wie Schuldenerlass, Handel und Entwicklungsfinanzierung nicht erreicht werden konnten. Man stehe nun vor der Entscheidung, führte Ricupero aus, einen von drei möglichen Wegen zu beschreiten: der erste, „weitermachen wie bisher“, führe zu nichts, wie die letzten Jahre hinreichend bewiesen hätten. Der zweite Weg würde bedeuten, angesichts eines wachsenden öffentlichen Desinteresses an diesem Politikbereich, das sich in einer

zunehmenden Gebermüdigkeit widerspiegelt, zu resignieren und die von der internationalen Gemeinschaft erklärten ehrgeizigen Ziele fallen zu lassen. Da durch Fatalismus und Resignation der Marginalisierung der LDCs nicht begegnet werden kann, favorisiert Ricupero einen dritten Weg. Dieser dritte Weg bestehe darin, den intergouvernementalen Prozeß - wie schon bei der Planung und Vorbereitung der Brüsseler Konferenz versucht - durch die Einbeziehung weiterer Akteure aus Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft zu begleiten. Die auf Grundlage dieser Strategie veranstalteten "side events" in Brüssel, wie das NGO-Forum und verschiedene Foren für Unternehmer und v.a. LDC-Unternehmerinnen, sollten sowohl der öffentlichen Debatte dienen als auch konkret fassbare Vorhaben, sog. "deliverables", anregen.

So sympathisch Ricuperos Strategie eines „Dritten Weges“ durch Partizipation und Mobilisierung öffentlicher Unterstützung auch erscheinen mag, so dürftig waren allerdings die auf der Brüsseler Konferenz sichtbaren ersten Ergebnisse. Die bereits zur Jahreswende 2000/2001 tausendfach mit dem Konferenz-Logo bedruckten T-Shirts fanden bei der NGO Community nicht den erhofften reißenden Absatz, sondern erwiesen sich als Ladenhüter. Zur Entfremdung der NGOs von der offiziellen Veranstaltung trug sicherlich auch bei, dass Kommissar Nielson nach einem Streit mit dem Dachverband der entwicklungspolitischen NGOs in der EU, dem „Liaison Committee“ Ende Dezember 2000 die Finanzierung des begleitenden NGO-Forums für einige Monate auf Eis legte und so für erhebliche Verunsicherung darüber sorgte, ob es überhaupt eine parallele NGO-Veranstaltung geben würde. Auf der Konferenz selbst fanden sich die NGOs dann, entgegen früherer Versicherungen des UNCTAD-Sekretariats, von den Verhandlungen über Abschlusserklärung und Aktionsprogramm weitestgehend ausgeschlossen, was die Entfremdung zwischen Regierungsseite und Nicht-Regierungsorganisationen weiter förderte. Zwar bemühten sich etliche Regierungsvertreter, auch Bundesministerin Wieczorek-Zeul, um eine stärkere Einbeziehung von NGOs auf der Brüsseler Konferenz, aber die im Vorfeld entstandenen Scherben ließen sich nur mit Mühe wieder kitten.

Hoffnungsträger Privatwirtschaft?

Die Einbeziehung der Privatwirtschaft war ein Thema, das der deutschen Bundesregierung besonders am Herzen zu liegen schien. Am 12./13. März 2001 veranstalteten das BMZ (über das Entwicklungspolitische Forum der DSE) und das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) - als einzige öffentlich wahrnehmbare Aktivität der Bundesregierung im Vorfeld der UN-Konferenz - in Zusammenarbeit mit der UNCTAD in Bonn einen internationalen Politikdialog zum Thema "Beiträge des Privatsektors zur Infrastrukturentwicklung in LDCs". Auf der Brüsseler Konferenz selbst leitete Ministerin Wieczorek-Zeul am 18. Mai einen Workshop zum Thema "Enhancing Productive Capacities: The Role of Investment and Enterprise Development". Mit der Propagierung einer „Internationalen Investitions-Initiative" rührte die deutsche Delegation die Werbetrommel für verstärktes Engagement der Privatwirtschaft in der Entwicklungszusammenarbeit. Angesichts stagnierender bis schrumpfender öffentlicher Entwicklungshilfe ist die Suche nach neuen Akteuren in der Entwicklungszusammenarbeit, die zusätzliche Finanzressourcen bereitstellen können, notwendig geworden. Mit dem Konzept des sogenannten "Public Private Partnership (PPP)" versuchte das BMZ schon unter Minister Spranger, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: Einerseits den BMZ-Haushalt durch die Mobilisierung von privatem Kapital zu entlasten, andererseits die Potenziale und Eigeninteressen der Privatwirtschaft zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung in den Partnerländern zu nutzen. Hierfür stellte das BMZ, wie Ministerin Wieczorek-Zeul in Brüssel verkündete, in den letzten

Jahren über 1,3 Milliarden DM an Steuermitteln zur Verfügung während die Privatwirtschaft über 1,4 Mrd. DM an eigenen Mitteln mobilisierte.

Das UNCTAD-Sekretariat vermeldete als großen Erfolg, dass am Rande der Konferenz 29 bilaterale Investitionsschutzabkommen von insgesamt 9 LDCs unterzeichnet worden wären. Damit ist aber noch nicht garantiert, dass entsprechende Investitionen folgen werden. Wie in der Einleitung (unter Punkt 2) des am 20. Mai angenommenen "Programme of Action" der LDC III-Konferenz zutreffend festgestellt wird, hat der Globalisierungsprozess die Marginalisierung der LDCs eher noch verstärkt. *"LDCs are being bypassed by the process of globalization, leading to their further marginalization."* Die Entwicklungsländer, in denen 85% der Weltbevölkerung leben, haben lediglich einen Anteil von 15% an den gesamten ausländischen Direktinvestitionen. Von diesen 15% fließen jedoch nur 7% in die LDCs. Die bisherige Erfahrung mit PPP-Projekten zeigt, dass sie in Schwellenländern und in bestimmten zukunftssträchtigen und profitablen Sektoren wie der Telekommunikation erfolgreich wirken können. Aber selbst auf dem Bonner DSE-Forum am 12./13. März wurde deutlich, dass sich diese "success stories" nicht ohne weiteres auf die LDCs übertragen lassen, vor allem nicht auf die Investitionsbereitschaft in "problematische" Sektoren wie Wasser/Abwasser, Verkehr oder soziale Infrastruktur (z.B. Bildung, Gesundheit). Es mag Schnittmengen zwischen privatwirtschaftlichen Interessen und entwicklungspolitischen Zielen geben, aber inwieweit dieses Konzept die Zielgruppe der Brüsseler Konferenz - die am wenigsten entwickelten Länder - erreicht, lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt nur schwer beantworten.

Während der Vorbereitungsphase der Konferenz, aber auch bei Lektüre der Abschlusserklärung (speziell ihrer Punkte 6 und 7), drängte sich der Eindruck auf, als habe die LDC-Konferenz den Industriestaaten vor allem als Vorbereitungstreffen für „wichtigere“ internationale Ereignisse, wie die WTO-Ministerkonferenz im November 2001 in Katar oder die UN-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung (Financing for Development/ FfD) im März 2002 in Monterrey/Mexiko gedient. Fraglich ist, ob ständig große Erwartungen an weitere UN-Konferenzen gestellt werden sollten, wenn es schon an der Umsetzung längst verabschiedeter Aktionspläne scheitert. Angesichts der Erfahrungen aus Seattle und der Gebermüdigkeit der Industriestaaten ist es wenig wahrscheinlich, dass in Katar oder Monterrey der erhoffte Durchbruch gelingen wird.

Welche konkreten Ergebnisse konnten in Brüssel erzielt werden? Um der zu erwartenden Kritik am neuen Aktionsprogramm mit den ewig gleichen unverbindlichen Absichtserklärungen zuvorzukommen, hatten UNCTAD und Industriestaaten sich unter dem Stichwort der "deliverables" ein Konzept ausgedacht, das ihnen den Nachweis von - meist schon im Vorfeld der Konferenz vereinbarten - konkreten Verbesserungen für die LDCs ermöglichen sollte. Die erwähnte Unterzeichnung der 29 Investitionsschutzabkommen oder die Empfehlung des OECD-Entwicklungsausschusses (DAC) vom 25. April, die Lieferbindung für die Finanzielle Entwicklungszusammenarbeit mit LDCs komplett abzuschaffen, fällt in diese Kategorie. Weitere konkrete Resultate gab es in folgenden Bereichen:

Handel und Marktzugang

Auch die EU - erstmalig Gastgeber einer UN-Konferenz - hatte ihren Beitrag bereits im Vorfeld der Konferenz geliefert und dann im Rampenlicht medialer Aufmerksamkeit in Brüssel präsentiert. Die im Februar 2001 verabschiedete Initiative „Everything but arms“ (EBA) sieht eine Marktöffnung für alle Produkte aus LDCs. mit Ausnahme von

Waffen, vor. EU-Kommissar Poul Nielson unterstreicht in seiner Abschlussrede den Erfolg dieser Initiative: „*I am very pleased that this Conference resulted in the first international agreement ever on the aim of giving LDCs duty-free and quota-free market access for all their products*“. Diese Euphorie wird allerdings nicht von allen geteilt, denn in ihrer Substanz fällt die Initiative wesentlich geringer aus. So bleiben für wichtige Exportprodukte der LDCs (Bananen, Reis und Zucker) bis 2006 bzw. 2009 Handelshemmnisse bestehen. Zudem machte die EU sehr bald deutlich, dass mit der EBA-Initiative keine grundsätzliche Abkehr von ihrem bisherigen Agrarprotektionismus verbunden sein wird: Am 24. Mai, nur 4 Tage nach Ende der LDC-Konferenz, beschlossen die EU-Agrarminister die Zuckermarktordnung nicht nur bis zum Jahr 2003 (wie von der EU-Kommission vorgeschlagen), sondern sogar bis zum Jahr 2006 zu verlängern. Zusätzlich hat sich die EU eine Hintertür offengehalten und kann die Marktöffnung jederzeit einseitig revidieren. Denn EBA wurde nicht vertraglich fixiert, sondern ist nur Teil des den Entwicklungsländern quasi als Gnadentat gewährten "Allgemeinen Präferenzsystems"(APS).

Auch Norwegen und Neuseeland präsentierten ähnliche Initiativen und es gelang in Brüssel, die USA, Kanada und Japan- zumindest verbal - für die Idee einer völligen Marktöffnung gegenüber LDC-Exporten zu gewinnen, aber von einem „*handelspolitischen Durchbruch*“ (Zitat: Heidemarie Wiczorek-Zeul) ist diese mit Einschränkungen versehene Initiative noch weit entfernt. Erst eine Vertragsbindung in der WTO und eine wirklich uneingeschränkte Marktöffnung (inklusive einfacher Ursprungsregeln) für alle Produkte aus LDCs können dazu beitragen, die Handelspolitik für die am wenigsten entwickelten Länder gerechter zu gestalten. Es bleibt auch abzuwarten, wie sich die Initiative zu den Handelspräferenzen der AKP-Staaten verhält. Hier wurden massive Bedenken laut, dass die EBA-Initiative nur zu einer Umverteilung der Handelschancen innerhalb der Entwicklungsländer führen könnte und den Ärmsten nur das gegeben wird, was den Armen (den Nicht-LDC AKP-Staaten) vorher weggenommen wurde.

Entwicklungsfinanzierung

Die internationale Solidarität mit den Ärmsten der Welt zeigte sich abermals nur in der Rhetorik. Die Aufstockung der öffentlichen Entwicklungshilfe geriet erneut ins Stocken. Die alten Ziele, 0,15 bzw. 0,20% des BSP für die LDCs zur Verfügung zu stellen, wurden zwar in der Abschlusserklärung festgeschrieben, haben aber keinen bindenden Charakter. Im Aktionsplan heißt es lediglich „*all other donor countries which have committed themselves to the 0.15 per cent target: reaffirm their commitment and undertake either to achieve the target within 5 years or to make their best efforts to accelerate their endeavours to reach the target*“. Dieses Versprechen wurde bereits 1990 in Paris gegeben und nur von wenigen Ausnahmen (Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Schweden, Dänemark) eingelöst. Aus NRO-Sicht hätte statt vager Formulierungen durch die Festlegung von konkreten Zeitzielen neue Impulse gesetzt werden können. Es liegt auf der Hand, dass die Reduzierung der Armut um 50% bis zum Jahre 2015 nur dann eine Chance erhält, wenn gleichzeitig die öffentliche Entwicklungshilfe gesteigert wird.

Gerade von Seiten der EU wird mit dem Hinweis darauf, dass eine komplette Marktöffnung aller Industriestaaten den LDCs zusätzliche Exporteinnahmen in Höhe von ca. 3 Mrd. US-Dollar beschere würde, immer wieder versucht, das Thema Handel gegen das Thema Entwicklungsfinanzierung auszuspielen. Wenn man bedenkt, dass die LDCs im Jahr 1999 ein Handelsbilanz-Defizit von über 13 Mrd. Dollar aufwiesen (und einen

Gesamtschuldenstand von 170 Mrd. Dollar), dann kommen einem 3 Mrd. Dollar nicht besonders viel vor. Die theoretische Möglichkeit höherer Exporteinnahmen muss man auch in Beziehung setzen zum realen Rückgang der ODA in den letzten Jahren. Allein zwischen 1995-1999 ging die ODA für die 49 ärmsten Länder von 16,5 Mrd. auf 11 Mrd. US-Dollar jährlich zurück (laut DAC-Bericht 2000), d.h. um 5,5 Mrd. Dollar. Auch zusätzliche Exporteinnahmen in Höhe von 3 Mrd. Dollar jährlich könnten diesen Rückgang der ODA also nicht einmal kompensieren.

Erneut fehlte in Brüssel der politische Wille der meisten Industriestaaten, substanzielle Zusagen bei der Entwicklungsfinanzierung zu machen. Allerdings gibt es löbliche Ausnahmen, auch innerhalb der EU: Die schwedische Entwicklungsministerin Maj-Inger Klingvall kündigte an, bis zum Jahr 2010 den Anteil der schwedischen Entwicklungshilfe für LDCs auf 0,25% des BSP zu steigern. Diese Ankündigung ist durchaus glaubhaft, da die mittelfristige Finanzplanung Schwedens vorsieht, den Anteil der Gesamt-ODA am BSP bis zum Jahr 2004 auf 0,87% zu steigern und nicht - wie in Deutschland geplant - drastisch zu senken. Auch die irische Vertreterin, die Staatsministerin für Entwicklungshilfe und Menschenrechte im irischen Außenministerium Liz O'Donnell kündigte auf der Brüsseler Konferenz an, dass Irland seine ODA zwischen 2000 und 2003 mehr als verdoppeln wolle und sich selbst verpflichtet hat, das 0,7%-Ziel spätestens im Jahr 2007 zu erreichen. Wie man an diesen Beispielen sieht, sind rückläufige Entwicklungsbudgets keinesfalls in allen OECD-Staaten zwangsläufig vorgegeben, sondern hängen allein vom politischen Willen der jeweiligen Regierung ab. Ob sich jedoch angesichts der UN-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung in Monterrey 2002 am politischen Willen der Bundesregierung (oder der US-Regierung) viel ändern wird, ist angesichts der momentanen Stimmungslage mehr als fraglich.

Schuldenerlass

Auch in Bezug auf den Schuldenerlass wurden die Hoffnungen der LDCs enttäuscht. Die EU hatte im Vorfeld der Konferenz ihre Bereitschaft erklärt, den LDCs, die AKP-Staaten sind und die nicht in die HIPC-Kategorie fallen, die Rückzahlung von Sonderdarlehen in Höhe von 60 Mio. Euro zu erlassen. Dieses Zugeständnis vom 7. Mai war ein erster wichtiger Schritt, dem leider in Brüssel keine weiteren folgten. Im UN-Aktionsprogramm soll eine Ausweitung der Initiative für hochverschuldete arme Länder (HIPC) auf alle LDCs lediglich für bestimmte Einzelfälle erwogen werden. Auch ein sofortiges Moratorium der Schuldendienstzahlungen von LDC, wie es der Entwurf des UN-Aktionsplans noch vorgesehen hatte, soll jetzt – unter der Voraussetzung, dass die Gläubiger dazu in der Lage sind - nur für Ausnahmefälle in Betracht gezogen werden. Immerhin hat man „post-conflict“-Ländern, die unter die erweiterte HIPC-Initiative fallen, Schuldenerlass zugesagt.

Vernachlässigung der menschlichen Dimension

Der Fokus der Konferenz lag klar bei den Themen Marktzugang und Handel. Konkrete Erfolge in den Bereichen soziale Entwicklung oder selbsthilfeorientierte Armutsbekämpfung sucht man weitgehend vergeblich, wenn man davon absieht, dass die EU ihr am 15. Mai beschlossenes 5-Jahres-Programm zur Bekämpfung von AIDS, Malaria und Tuberkulose auch in den Kontext der Konferenz zu stellen versuchte. Die Vernachlässigung der „menschlichen“ Dimension wurde vom begleitenden NGO-Forum zu Recht kritisiert.

In der Abschlusserklärung des NGO-Forums - die überdies kritisch anmerkt, dass in der

offiziellen Abschlusserklärung der UN-Konferenz die meisten NRO-Anliegen nicht aufgegriffen wurden - heißt es: „*Development is that of the human being, for the human being and by the human being*“: Menschliche Entwicklung müsse das eigentliche Ziel sein, nicht die Entwicklung von Handel und Märkten. Deshalb müsse sich jeder Entwicklungsansatz an der Einhaltung der Menschenrechte, auch der grundlegenden Arbeitsrechte und der übrigen sozialen und wirtschaftlichen Menschenrechte, orientieren.

Monitoring statt Resignation

Die Hoffnungen, die in die dritte UN-Konferenz zur Lage der am wenigsten entwickelten Länder gesetzt worden sind, wurden abermals enttäuscht. Nach den Worten des UN-Generalsekretärs Kofi Annan ging es in Brüssel „*ganz einfach um die Zukunft der Ärmsten der Armen und damit um das Wohlergehen der gesamten Menschheit*“. So einfach scheint diese Zukunft nicht zu sein, denn erneut fehlte in Brüssel der politische Wille der Industriestaaten, den LDCs echte Entwicklungschancen einzuräumen.

Diese Erkenntnis sollte jedoch nicht zur Resignation führen, sondern - analog zur Abschlussrede von Rubens Ricupero - zu verstärktem Engagement. Gerade wegen der bitteren Erfahrungen der letzten beiden UN-Konferenzen, die zwar wohlmeinende Aktionsprogramme beschlossen haben, aber nicht umsetzen konnten, sind die NGOs jetzt um so mehr gefragt, ihre Rolle als „Watchdog“ ernst zu nehmen und die Umsetzung der Verpflichtungen des dritten Aktionsplans kritisch zu begleiten und einzufordern. Die Bekämpfung der weltweiten Armut wurde auf dem Millennium-Gipfel zum Anliegen der internationalen Staatengemeinschaft erklärt. Auch die Bundesregierung hat mit ihrem Aktionsprogramm 2015 diese Verpflichtung aufgegriffen und den deutschen Beitrag zur Erreichung dieses Ziels festgeschrieben. In diesem Kontext sind insbesondere deutsche Nichtregierungsorganisationen gefordert, die Umsetzung des Programms auf nationaler Ebene zu begleiten und konkrete Verbesserungen für jene mehr als 50% der 610 Mio. Einwohner der LDC-Staaten anzumahnen, die in extremer Armut leben und zum Überleben mit weniger als einem Dollar pro Tag auskommen müssen.

Bilanz der UN LDC III-Konferenz aus Sicht des BMZ

Ministerialdirektor Prof. Dr. Michael Bohnet

Bonn, den 5. Juni 2001

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Weltgemeinschaft beschließt konkretes Aktionsprogramm für die am wenigsten entwickelten Länder: Global Governance nimmt Gestalt an

Nach monatelangen Verhandlungen hat die Weltgemeinschaft am 20. Mai 2001 ein konkretes Aktionsprogramm für die am wenigsten entwickelten Länder für die Dekade 2001 bis 2010 beschlossen. Den Schlussverhandlungen dieser Konferenz der Vereinten Nationen vom 14. Mai bis 20. Mai 2001 gingen drei Vorbereitungskonferenzen in New York im Juli 2000, Februar 2001 sowie April 2001 voraus.

Zu dem Verhandlungsmarathon sei vorausgeschickt:

Ein Konsens der 157 Teilnehmerstaaten zu dem 43 Seiten umfassenden Aktionsprogramm kommt nur zustande, wenn alle Staaten zustimmen; d. h. wenn z. B. Kiribati oder die USA oder Iran oder Bulgarien oder Dschibuti (dieses Land war allein mit 26 Verhandlern auf der Konferenz vertreten) dem Aktionsprogramm oder wesentlichen Teilen nicht zustimmen, gibt es keinen Konsens und die Konferenz platzt, d. h. es wird kein Aktionsprogramm beschlossen. Die europäischen Staaten sprechen in den Verhandlungen nur mit der Stimme der Präsidentschaft, in diesem Falle Schwedens; d. h. die europäischen Positionen zu jedem einzelnen Abschnitt des Aktionsprogramms müssen in langwierigen Verhandlungen innerhalb der EU erarbeitet werden. Wenn z. B. Spanien oder Irland bei einzelnen Fragestellungen eine extrem harte Position vertreten und trotz intensiver Verhandlungen keine Einigung innerhalb der EU möglich ist, kann die Präsidentschaft als Haltung der EU nur diese harte Haltung vortragen und entsprechend verhandeln.

Das BMZ war innerhalb der Bundesregierung für die Konferenz federführend. Die EU war die treibende Kraft bei den Verhandlungen. Die Gruppe der 77, deren Sprecher Bangladesch und Äthiopien/Benin (alles LDC's) waren, trat nicht geschlossen auf. Insbesondere Ägypten, China, Kuba, aber auch Brasilien, Argentinien, Iran und andere Länder erschwerten die Verhandlungsführung der G 77, was zu sichtlicher Verstimmung kompromissbereiter LDC's führte.

Die Konferenz ist für uns als großer Erfolg zu werten. Insbesondere ist es gelungen, im Rahmen einer geschlossenen EU-Strategie die für uns wichtigen grundsätzlichen Anliegen durchzusetzen. Diese sind alle im Aktionsprogramm verankert:

- Festschreibung der Armutsbekämpfung als überwölbendes Ziel für die LDC's und Betonung der Bedeutung der **Armutsbekämpfungsstrategien** (Poverty Reduction Strategy Papers).

- Beachtung von **Good Governance, Menschenrechten**, Stärkung der **Rechte der Frau**, Kampf gegen **Korruption, Bestechung, Geldwäsche** sowie den **illegalen Transfer von Mitteln**, vornehmlich durch Stärkung von Antikorruptionsgesetzen und deren effektive Anwendung, transparente demokratische und rechenschaftspflichtige Institutionen, Erhöhung der Wirksamkeit der **Steuereinzugssysteme** und der Transparenz der öffentlichen **Ausgabengestaltung** (alles erst nach langwierigsten Verhandlungen durchsetzbar).
- Wichtige Rolle der **Zivilgesellschaft** und des **Privatsektors** (von einigen Ländern bis zum Schluss bekämpft).
- Betonung der wichtigen Rolle von **Familienplanung** (vom Vatikan bis zum Schluss zu verhindern versucht) und **Grundbildung**. Insbesondere wurde ein Zurückschrauben der „pro urban“ und „pro male bias“ in der Grundbildungspolitik angemahnt.
- Für den landwirtschaftlichen Bereich wurde verankert, dass **„female farmer irrespective of their marital status“ Zugang und Kontrolle über den Boden haben sollten**. Ferner wurde für **Frauen das Erbrecht** festgeschrieben.
- Aufnahme eines eigenen Kapitels über **Unternehmensentwicklung**, dabei Hervorhebung der Bedeutung der Frauen als Unternehmerinnen und des Instruments der **Public Private Partnership**. Bundesministerin Wieczorek-Zeul leitete auf der Konferenz das thematische Forum zu Investitionen und Unternehmensentwicklung. Sie kündigte an, dass das BMZ zur Investitionsförderung und zur Förderung von Unternehmerinnen in LDC's Mittel zur Verfügung stellen wird.
- Die Bedeutung **ausländischer Privatinvestitionen** in LDC's wird ausdrücklich hervorgehoben, desgleichen die Wichtigkeit bilateraler und regionaler Investitionsverträge.

Die LDC III-Konferenz unterscheidet sich von früheren Konferenzen dadurch, dass durch den im Vorfeld erzeugten Erwartungsdruck vor oder während der Konferenz **sechs zentrale konkrete Entscheidungen** getroffen wurden, die wesentlich zum Erfolg der Konferenz beitrugen:

1. Deutschland hat innerhalb der EU die **„everything but arms-Initiative“** mitdurchgesetzt, die den quoten- und zollfreien Marktzugang für alle Waren aus LDC's zum europäischen Markt beinhaltet. Es ist in Brüssel gelungen, **auch die USA, Kanada und Japan auf dieses Ziel zu verpflichten**, d. h. ihre Märkte für die Produkte der LDC's zu öffnen. Die konkrete, eindeutige und klare Formulierung lautet: „This (,duty free and quota-free market access for all LDC products‘) will apply in the markets of the developed countries“. Auch die Schwellenländer konnten überzeugt werden, gleiche Maßnahmen in Betracht zu ziehen. Eine Studie der Weltbank zeigt, dass die 49 ärmsten Entwicklungsländer ihre Exporte insgesamt um etwa 11 % ausweiten können, wenn die USA, Kanada und Japan ebenso wie die EU den ärmsten Ländern Zollfreiheit gewähren. Das entspricht zusätzlichen Einnahmen für die ärmsten Entwicklungsländer von jährlich ca. 3 Mrd. US-Dollar. USA, Kanada und Japan haben dem Handelsbeschluss erst nach schwierigsten Verhandlungen zugestimmt. Es bedurfte

langer und komplexer Verhandlungen zwischen der EU, USA, CAN und JAP und innerhalb der Gruppe G 77 zwischen den LDC's und den Schwellenländern. Die Einigung im Handelsbereich war entscheidend für den Erfolg der Konferenz.

2. Verankerung der von Deutschland in der OECD/DAC vorangetriebenen **Lieferaufbindung für die EZ für LDC's**. In der letzten Verhandlungsphase in Brüssel haben auch die Japaner dieser Lieferaufbindung zugestimmt. Das bedeutet, dass Entwicklungsprojekte jetzt international ausgeschrieben werden müssen. Kein Industrieland, das im Rahmen der Finanziellen Zusammenarbeit Mittel bereitstellt, kann jetzt noch darauf bestehen, dass die Entwicklungsländer ausschließlich in dem jeweiligen Industrieland die Waren und Dienstleistungen kaufen, die für die Entwicklungsprojekte benötigt werden. Die Lieferaufbindung und die internationale Ausschreibung erlauben es dem ärmsten Entwicklungsländern, deutlich preisgünstiger als bisher einzukaufen. Die Preisvorteile werden auf 20 bis 25 % geschätzt.
3. **Deutschland** hat im Vorfeld und im Lichte der Konferenz den **Anteil der LDC's an der bilateralen deutschen FZ und TZ von 25 % im Jahre 2000 (603 Mio. DM) auf rd. 30 % im Jahre 2001 (744 Mio. DM) gesteigert**, d. h. um 141 Mio. DM. Diese zusätzlichen Mittel werden im Jahre 2001 für konkrete Programme in den LDC's für die Bereiche AIDS-Bekämpfung/Familienplanung, Grundbildung und erneuerbare Energien eingesetzt, u. a. in den Ländern Jemen, Tschad, Malawi, Lesotho, Mosambik, Ruanda, Tansania, Uganda, Madagaskar, Mali, Kambodscha, Nepal und Bangladesch. Im Ausgleich dafür wurden Mittel für einige Schwellenländer gekürzt oder ganz gestrichen (z. B. Malaysia, Argentinien, Venezuela). Die für Deutschland wichtige Aussage zum 0,15 %-Ziel (ODA für LDC's : BSP) lautet: „Donors should make their best efforts to accelerate their endeavours to reach the target“.
4. Die **Schuldenerleichterungen für die 17 LDC's, die von HIPC profitieren, betragen 23 Mrd. US-\$**. Die Brüsseler Konferenz hat dazu beigetragen, dass die konkreten Beschlüsse zum Schuldenerlass schnell gefasst wurden. Das heißt, dass die freigesetzten Mittel für Gesundheit und Erziehung eingesetzt werden können, deren Budget sich damit um durchschnittlich 20 % erhöht. Die 17 LDC's sind: Uganda, Mauretanien, Tansania, Mosambik, Burkina Faso, Senegal, Benin, Mali, Sambia, Gambia, Guinea-Bissau, Niger, Sao Tomé/Príncipe, Guinea, Madagaskar, Malawi, Ruanda.

Die **Bundesregierung** hat bereits früher den LDC's alle **Schulden aus der finanziellen Zusammenarbeit erlassen** (mit Ausnahme einiger weniger Länder wie z. B. Myanmar, Liberia). Ferner wird die **Bundesregierung 100 % der umschuldungsfähigen Handelsschulden der LDC's erlassen**, die sich für die erweiterte HIPC-Initiative qualifizieren. **Im Ergebnis werden alle LDC's, die HIPC sind, gegenüber Deutschland praktisch schuldenfrei sein**. Im in Brüssel beschlossenen Aktionsprogramm werden überdies die **offiziellen Krediteber, die nicht dem Pariser Club angehören**, ermutigt, sich an den Schuldenerleichterungsmaßnahmen für die LDC's zu beteiligen. Ferner sollten Schuldenerleichterungsmaßnahmen für LDC's, die nicht HIPC sind, auf einer „case to case“-Basis erwogen werden. **Post-Konflikt-Ländern**, die unter die erweiterten

HIPC-Länder fallen, sollte **Schuldenerlass gewährleistet werden** und zwar so schnell wie möglich. Des Weiteren werden Gläubiger, die dazu in der Lage sind, ermutigt, ein **Schuldenmoratorium** auf Schuldendienstzahlungen für LDC's in Ausnahmefällen in Betracht zu ziehen.

5. **Die EU hat am 7. Mai 2001 beschlossen, den LDC's, die HIPC sind, die Rückzahlung von Sonderdarlehen zu erlassen.** Dabei handelt es sich um zinsgünstige Darlehen, die vom 01. bis 03. Lomé-Abkommen gewährt worden waren und die nunmehr nicht mehr zurückgezahlt werden müssen. **Der Schuldenerlass beträgt 60 Mio. Euro.**

6. Die EU hat am 15. Mai ein **konkretes Fünf-Jahres-Programm gegen HIV/AIDS, Malaria und Tuberkulose beschlossen**, einschließlich der Zurverfügungstellung von erschwinglichen Medikamenten zu ihrer Bekämpfung. BMZ stellt im Rahmen der bilateralen Zusammenarbeit im Jahre 2001 130 Mio. DM für Aidsbekämpfung zur Verfügung.

Fazit

Die 157 Teilnehmerstaaten haben das Aktionsprogramm für die am wenigsten entwickelten Länder im Konsens angenommen, es ist damit verbindlich für die Regierungen, das Programm hat aber keinen völkerrechtlichen Charakter wie z. B. die Klimarahmenkonvention, die Artenschutzkonvention oder die Wüstenkonvention. Die Beschlüsse zeigen: Die Weltgemeinschaft ist handlungsfähig, Global Governance nimmt Gestalt an.

Ministerialdirektor Prof. Bohnet leitete die deutsche Verhandlungsdelegation in Brüssel.

Least Developed Countries (LDC)

At the conclusion of this III Conference of the United Nations on the Least Developed Countries (LDC), the civil society organisations, represented by the NGO Forum, wish to express their gratitude to the UN Secretary General, the UNCTAD, the European Union and to the other delegations for their contribution to the holding of the NGO Forum.

We transmitted our petitions before the UN representatives in our political document of Saturday May 12, 2001, agreed upon after long preparatory work and several-days of meetings. To the United Nations representatives we expressed our demands for a more egalitarian and humanitarian world. Focusing mainly around the following questions:

- Human Rights: to adopt a human-rights-centred approach
- Labour Rights and fundamental norms in the working place: to include a clear and explicit reference to the rights of the worlds working people and to the respect of fundamental norms in the work place
- Health: to firmly commit and define clear policies ensuring total access for everybody, women and men, to affordable medicines and treatment against AIDS;
- Financial resources mobilisation: Total and unconditional cancellation of the LDCs debt and increase of the public development aid on the side of the developed countries.
- Trade: Free market access without any kind of restriction.
- Governance: To develop a framework for good governance that proves to be transparent and responsible both in the North and South.
- Education: To ensure access to education for the LDCs populations, in particular to primary education of a high standard and for all.
- Rural poverty: The programme of Action must specifically focus on measures to fight rural poverty in the LDCs.
- New model of partnership with civil society: To establish policies and criteria for a real partnership with civil society.

Civil Society has warned throughout the Conference that concrete progress on all these demands is an essential precondition, in order to achieve the target of poverty reduction in the LDCs from now to 2015, and to offer real development opportunities to the populations of these countries.

Today, our impressions are tainted with zones of shadows and lights.

Despite the hopes raised by this 3rd Conference, the final conclusions that have been just communicated to us do not take into account most of our concerns regarding the fundamental issues mentioned above. The Programme of Action adopted at the end of the Conference concentrates on market access and on trade to the detriment of the central place accorded to human development. Development is that of the human being, for the human being and by the human being

Human Rights must remain the reference term of any development approach.

- We strongly insist that the cancellation of debt is an essential condition in order for the LDCs to escape this vicious circle of poverty.
- We stress once again that an immediate increase in Development Aid is necessary in order to help LDCs to develop. Such aid must not be linked in any form.
- Good, transparent and participative Governance at the national and international level also remains one of our main preoccupations.
- The protection and creation of decent employment is a necessity.
- The total realisation of agreements and deliverables requires at the same time financial support and political will.
- If the international community firmly adheres to the promised obligations, this will encourage national authorities to follow suit and vice versa. Otherwise, all the efforts of this Conference will bear no meaning for the communities of the LDCs.

UN-Pressmitteilung zum Abschluss der UN LDC III-Konferenz vom 20.5.01



BRUSSELS CONFERENCE COMMITS TO ERADICATING POVERTY IN WORLD'S POOREST COUNTRIES; DECADE-LONG ACTION PROGRAMME CALLS FOR PARTNERSHIP, 'MUTUAL COMMITMENTS'

The United Nations Conference on Least Developed Countries concluded today in Brussels by adopting a political declaration in which 193 participating governments committed themselves to the eradication of poverty in the world's poorest countries and to the improvement of the quality of lives of the more than 600 million people living in them.

The Conference, attended by more than 6,500 participants from governments, specialized agencies and civil society, also adopted an ambitious programme for the next decade that addresses development assistance, debt cancellation, and private investment in the 49 least developed countries (LDCs).

By the "Brussels Declaration on LDCs", governments stated that a "transparent, non-discriminatory and rules-based" multilateral trading system was essential for LDCs to reap the benefits of globalization and that the accession of LDCs to the World Trade Organization (WTO) should be encouraged and facilitated. In that context, they committed themselves to seizing the opportunity of the WTO's fourth Ministerial meeting in Doha, Qatar, in November 2001, "to advance the development dimension of trade".

Governments also committed themselves to seizing the opportunity of the Conference on Financing for Development in March 2002 in Monterrey, Mexico, for mobilizing resources for development; took it upon themselves to reverse the declining trends of official development assistance (ODA); and committed to providing full financing and speedy

implementation of the enhanced Heavily Indebted Poor Countries (HIPC) Initiative of the World Bank and the International Monetary Fund (IMF).

The Programme of Action for the Decade 2001-2010 calls initiatives to arrest the marginalization of LDCs an “ethical imperative”. It outlines a broad range of measures to be taken by the developed nations and the LDCs themselves in the form of a framework for partnership and specific commitments on, among others, good governance at national and international levels; building human and institutional capacities; enhancing the role of trade in development; reducing vulnerability and protecting the environment; and mobilizing financial resources.

Rubens Ricupero, Secretary-General of the United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD), said the Conference had already made important progress possible in vital areas. However, he asked, in light of the current circumstances, were the results satisfactory? Unfortunately, the answer was no. Many decisions highlighted by non-governmental organizations, for example, were still not achievable and it had not been possible to make major breakthroughs on such issues as debt relief, trade or ODA.

A new way to make progress on the question of LDCs had been necessary, he said. In planning the Conference, UNCTAD had tried a new approach, keeping the intergovernmental process, but having another process side by side, thus, bringing together large-, small- and medium-sized companies, women and young entrepreneurs to discuss concrete issues with a view to finding practical solutions. The “deliverables”, even if modest, were useful, as they created a momentum for those who no longer had hope. The possibility now existed for a new globalization - one that would promote understanding and the cross-fertilization of cultures.

Statements in the final session were also made by: Gun-Gritt Andersson, State Secretary of Sweden; Boutros Boutros-Ghali, Secretary-General of the Organisation internationale de la francophonie; Christine Mandela of the Coalition of African Organizations, speaking on behalf of the Non-Governmental Organization Forum; Eddy Boutmans, Secretary of State for Development Cooperation of Belgium; Poul Nielson, European Commissioner for Development and Humanitarian Affairs; and John Alexander Corrie, Member of the European Parliament.

The representatives of Bangladesh (on behalf of the least developed countries), China, and Iran (on behalf of the “Group of 77” developing countries) also made statements, as did the observer for the Holy See. John Cuddy the Executive Secretary of the Conference, also spoke.

Conference Highlights

Following an opening ceremony that was addressed by, among others, the President of France, Jacques Chirac, United Nations Secretary-General Kofi Annan, and the Prime Minister of Bangladesh, Sheikh Hasina, who is also the Coordinator of the Global LDC Community, a special event was held on “The Challenge of Eradicating Poverty.” The Conference then embarked on a series of a dozen interactive thematic sessions over the next week aimed at producing specific, concrete results - referred to by Mr. Ricupero as “deliverables” - on a range of issues.

The events addressed: Governance, Peace and Social Stability; Enhancing Productive Capacities - the Agricultural Sector and Food Security; Intellectual Property and Development - an instrument for wealth creation; Enhancing Productive Capacities - the Role of Health; Education; International Trade, Commodities and Services/Tourism; Energy; Enhancing

Productive Capacities - The Role of Investment and Enterprise Development; Human Resources Development and Employment; Infrastructure Development; Transport; and Financing Growth and Development.

One highlight, which took place in the context of the discussion on the role of investment and enterprise, was the signing by ministers of Benin, Burkina Faso, Comoros, Cambodia, Burundi, Chad, Mali, Guinea, and Mauritania of 29 bilateral investment treaties, paving the way for increased foreign investment and future economic cooperation.

There were also a number of parallel events during the Conference, which provided a forum for civil society. Those events included discussions on the digital economy, the business sector and the music industry, and forums on women entrepreneurs and city-to-city cooperation. A high-level parliamentarians round table, and the Eighth World Summit of Young Entrepreneurs also met as parallel events to the Conference.

During the Summit, the World Trade University - a mechanism to help foster a broader understanding of the multilateral trade system among young people - was launched. The University, which will be based in Toronto, with campuses in Asia and Africa, will serve as an institution of higher learning that is affordable, accessible and adapted to the present-day training needs of entrepreneurs and policy-makers from LDCs, developing countries and countries in transition.

Another significant outcome during the parallel events was the adoption by more than 200 mayors from throughout the world of a declaration of commitment to city-to-city cooperation and the fight against poverty. The declaration took special note of the particular structural difficulties facing cities in LDCs, as well as the poor living in them.

Closing Statements

ABDUL JALIL (Bangladesh), speaking on behalf of the least developed countries (LDCs), expressed profound thanks to the European Union for having hosted the Conference, its financial and other support, and the excellent arrangements. The Conference signified a milestone of development cooperation between the European Union and the global community. The most notable aspect of the session was the excellent atmosphere between the LDCs and their partners.

He said the Declaration was a political document that incorporated the commitments for the development of the LDCs. Its overarching goal was to make progress in halving the number of people living in poverty by 2015. The LDCs had also reiterated their primary responsibility for their own development, but assisted by their global partners. Turning to the newly adopted Programme of Action, he stressed that cooperation would ensure that it did not fail like its two predecessors. The Conference had rekindled hope in the minds of 630 million people that their aspirations might finally begin to be realized.

John Cuddy the Executive Secretary of the Conference, presented the report on deliverables and recommendations of the interactive thematic sessions, parallel and civil society events. Among the deliverables were commitments to increase official development assistance (ODA); provide innovative technical assistance; and provide speedy financial resources for the enhanced Heavily Indebted Poor Countries (HIPC) Initiative. The European Union also decided to forego payments on all special obligations by LDCs. Agreement was reached that all developed countries would provide access to LDCs' products through duty-free access and other measures.

A World Trade University was also launched to help entrepreneurs in LDCs, he added. Twenty-nine bilateral treaties had been signed, while a programme to facilitate investments between foreign companies and entrepreneurs had been established. Development partners had also announced their commitment to support infrastructure development in the pursuit of energy resources. There was also a commitment to establish a revolving fund to help LDCs develop and manage their natural gas resources.

GIOIA SCAPPUCCI, of the Holy See, said that her delegation had joined the consensus on the Programme of Action, but she wanted to make clear its position on the expressions regarding reproductive health and reproductive rights in the population section of commitment three. Her delegation's attitude towards that section should be interpreted in the spirit of the opening statement of that section, which referred to the reports of the International Conference on Population and Development (ICPD) and of the twenty-first special session of the General Assembly. The fact that the Holy See welcomed the consensus decision should in no way be interpreted as constituting a change in its well known position regarding the use of contraception for family planning, which the Catholic Church found morally unacceptable.

BAGHER ASADI (Iran), speaking on behalf of the "Group of 77" developing countries and China, said that the travel to the finale of the Conference had been a long journey, which had taken hard work and dedication. Now, it was necessary to be realistic and objective, for everyone knew how much hard negotiations and inevitable compromise had made the agreement possible in the early hours of Sunday. There was a determination to respond to the challenge of the plight of the less fortunate of the world.

The Programme of Action, by its very nature, represented the greatest achievement of the Conference, he continued. Concrete deliverables had been agreed upon, although not as many as his delegation had hoped for. Much more remained to be done, however, for the end of the Conference was the beginning of a much longer journey towards bridging the chasm between the rich and the poor. The question of implementation and follow-up was all-important at this stage. Monitoring, implementation and review would be needed at national, regional and international levels. A number of measures had been envisioned in that regard. He looked forward to the Secretary-General's report to the General Assembly and adoption of follow-up measures.

GUANG XIANG SUN (China) said the Conference had achieved positive results, and he extended congratulations to it on its complete success. The 2001-2010 Programme of Action was significant to LDCs, since it would help put them back on the track of social development. What was notable also was that the developed partners would turn their commitments into action at the earliest stage. China would continue, as always, to provide assistance to LDCs within the context of South-South cooperation and help those countries to realize prosperity.

GUN-GRITT ANDERSSON, State Secretary of Sweden, said that the Programme of Action and the Declaration had been negotiated in the spirit of good will and cooperation. The Programme contained strong actions to ensure the development of the worked towards consensus.

BOUTROS BOUTROS-GHALI, Secretary-General of the Organisation internationale de la francophonie, said that the outcome of the Conference would remind the world that no man was an island. The world was a global village, and there was a great exchange of ideas

throughout the world. Countries could no longer put their heads in the sand like an ostrich, pretending that there was no poverty in the world.

The Conference had allowed all the stakeholders to participate in the discussion of relevant issues and in the decision-making process, he continued. Ten years had passed since the second Conference, and the world could see the changes that had taken place since that time. Globalization today was a true world phenomenon, which needed to be taken into account. It was important to take a lucid look at the state of LDCs and respond to their needs. Education, health and access to information technology were of particular importance to the LDCs, and it was important to respond to their needs.

For its part, Africa should become more ambitious and realistic about its possibilities, he said. The LDCs should denounce the lack of human rights, corruption, underdevelopment and poverty. Development did not mean following a single model imposed from the outside. The diversity of mankind, its languages and traditions needed to be taken into account. It was important to take advantage of the cultural riches of the LDCs. It was important to grow the seeds of change in the LDCs, and it was necessary to remember that sometimes it was the smallest seeds that bore the biggest fruit.

CHRISTINE MANDELA, speaking on behalf of the Non-Governmental Organization Forum, said there had been calls for a more focused report on human rights and clear expression of workers rights, along with clear commitments and policies. Free access to the world market, no restrictions, a framework for good governance, and guarantees for the right to basic and quality education for all had all been among the issues raised and addressed in depth this week.

Yet, she continued, the final conclusion did not take account of the issues of the greatest concern and the most fundamental themes. The Programme of Action stressed access to the market, trade, among other things, but the commitments must be followed through or the Conference would have no impact whatsoever in LDCs.

EDDY BOUTMANS, Secretary of State for Development Cooperation of Belgium, said the approach to the issues during the current Conference signified a new approach for the United Nations. Six hundred million of the planet's inhabitants were individuals with legitimate expectations of a better life. "That is why we must make sure that we have at least attempted to respond to their expectation", he said.

"If local, national and international authorities pull together, we might achieve a positive result", he said. The follow-up to this Conference was, therefore, vital. "We must go beyond mere semantics and discussion of the relative merits of New York versus Geneva. We want to look at the substance and not the venues", he said. The international community had a shared responsibility to combat poverty, and the new challenges did not allow anyone to rest on their laurels.

POUL NIELSON, European Commissioner for Development and Humanitarian Affairs, said that many in the room had probably thought it would not be possible to pull the Conference through. Despite the differences, however, the agreement reached was worth the work. The Conference had emphasized the role of the LDCs themselves in determining their future. It stressed the importance of good governance and reaffirmed the responsibility of the international community in helping the developing countries to overcome their problems. International cooperation and partnership had been also been reaffirmed.

A substantive programme of action at the outcome of the Conference included a number of initiatives to address the plight of the LDCs. The so-called "deliverables" had been delivered. He was pleased that the Conference had resulted in the first international agreement ever to allow the LDCs tariff-free access to markets. Now it was time to start a new round of trade

negotiations in the World Trade Organization (WTO), which would allow the LDCs to address their problems in a comprehensive manner.

JOHN ALEXANDER CORRIE, Member of the European Parliament, President of the ACP/EU Joint Parliamentary Assembly, said that he was representing the President of the European Parliament. The Conference should become a milestone in a progression of 49 LDCs out of poverty. The first stage of the process was the establishment of goals. Now that a start had been made in Brussels, there was a long road ahead.

Turning to the outcome of the Conference, he said that he had been particularly heartened by the statement that the European Union would forego payments on all outstanding LDC obligations arising from special loans under the terms of the Lomé Conventions. That initiative, coming as it did in the wake of the decision to grant duty-free access in the European Community market for all LDC products, except arms, clearly demonstrated the Union's determination to do something concrete to assist the poorest countries.

Continuing, he also welcomed the initiatives regarding HIV/AIDS and the Organization for Economic Cooperation and Development (OECD) agreement to untie an additional \$2 billion annually of bilateral aid to the LDCs. Those actions, however, would not by themselves transform the economies of the poorest countries, unless they were accompanied by new attitudes and determination. All countries must muster the political will to realize the aspirations contained in the Programme of Action for the LDCs for the coming decade. There was no need to be too ambitious. It was better to set modest goals that were achievable, than idealistic targets that could not be attained.

RUBENS RICUPERO, Secretary-General of the United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD) and Secretary-General of the Conference, said the Conference had already made some important progress possible in vital areas. In light of the current circumstances, were the results satisfactory? Unfortunately, the answer was no. Many decisions highlighted by non-governmental organizations (NGOs), for example, were still not achievable. It had not been possible to make major breakthroughs on major negotiations, such as debt relief, trade or ODA. In those areas, he was afraid there was less promise even in terms of a perspective. The question then was, what could have been done?

There were three routes, he continued. Go back as had been done in the past - but that led nowhere. The second approach was resignation or passivity, which was a threat even to development aid. Even those who were really committed were showing strange passivity in the face of current trends. "We should not give into passivity", he urged. He hoped UNCTAD would show rationally why it was necessary to reverse the current trend.

The third option was to seek new methods, he continued. "We started from the assumption that if there was no consensus or political will to move beyond what we are able to deliver, then we should find ways of creating more consensus and more political will", he said. "Based on that, we proposed a new approach." That approach was to keep the intergovernmental process, but to have another process side by side - one where "we would not be called on to approve agreed language in a formalized forum, but to organize a debate to reach possible outcomes".

This Conference, he continued, also broadened participation by bringing in international organizations and asking them to deliver practical and tangible results. The outcome was varied - some were better than others. Yet, how could there be a conversation about development without including the major developmental actors? he asked.

Large-, small- and medium-sized companies, women and young entrepreneurs had all discussed concrete issues with a view to finding practical solutions. The "deliverables", even if modest, were useful as they created a momentum for those who no longer had hope. The

sessions had covered a wide variety of issues ranging from HIV/AIDS to the \$50 billion per year music industry. Now, there was a possibility for new globalization - one that would promote the understanding and the cross fertilization of cultures. That was the aim of the Conference, and he was sure the LDCs had much to contribute to it.

Closing the event, representing the country that served as Conference President, the Minister of Trade, LEIF PAGROTSKY, Minister of Trade of Sweden, said it had been an intensive week of negotiations, which had not been easy. The results were worth the effort, however. The message was clear and loud - "we must all move now to concrete actions". The European Union had already decided to grant the LDCs free market access for all their goods, except arms. Without the Conference, such a step would not have been possible. At the global level, the international community had now agreed on such actions as increased assistance to the LDCs and improved access to essential medicines. This week, the Conference had also managed to agree on facilitated access to HIPC for countries just out of conflict.

The Conference was not a solution, but an important building block, he continued. The new multilateral trade round must be a development round, for the developing countries could and should have a voice in the World Trade Organization (WTO). It would be the weakest who would suffer most if the world failed to launch a new round of negotiations in November. The Conference had contributed to the creation of an integrated international framework for dealing with globalization. The agreement on coherent coordination was of great importance at both national and international levels. Additional financial resources were needed, and the ODA had a special role to play in support of development. The Conference had launched a competition for initiatives, which could serve as a historic start in favour of development.

Programme of Action

The aim of the Action Programme (document A/CONF.191/L.18), through its partnership framework and seven commitments, is to significantly improve the conditions of the LDCs' 600 million people, and to that end it outlines within each commitment policies and measures for the LDCs and development partners. Throughout its 60 pages, it describes ambitious goals, such as halving the proportion of people living in extreme poverty by 2015, while acknowledging that the objectives and goals set at the last LCD Conference in Paris 10 years ago "have not been achieved."

The Programme points out that, while the LDCs have pursued the economic reforms called for in Paris - including reducing trade barriers and strengthening regulatory frameworks - the results have been "below expectations". Their growth and development prospects have diminished during the decade through a combination of, among others, declining financial aid, an increasing debt burden, and complex trade barriers. Reversing their increasing marginalization and promoting their integration into the world economy is, the Programme says, "an ethical imperative".

The Programme's partnership framework describes implementation of the mutual commitments by LDCs and development partners as a "shared responsibility". The commitments that follow fall under the headings of: fostering a people-centred framework; good governance at national and international levels; building human and institutional capacities; building productive capacities to make globalization work for the LDCs; enhancing the role of trade in development; reducing vulnerability and protecting the environment; and mobilizing financial resources. The Programme concludes with a chapter on implementation and follow-up.

Under financial resources, development partners agree to, among others, implement the Organization for Economic Cooperation and Development (OECD) recommendations to “untie” aid to LDCs - provide aid without conditions - which, the document states, will significantly increase the value of aid. They also agree to implement a number of commitments previously made in Paris: those providing more than .2 per cent of their gross national product (GNP) as ODA to LDCs agree to continue; others, providing .15 per cent of GNP, undertake to reach .2 per cent expeditiously; and still others that have committed themselves to the .15 per cent target reaffirm their commitment and undertake to achieve the target within the next five years.

On debt, partners agree to provide the resources to fully implement the enhanced HIPC Initiative of the World Bank and the International Monetary Fund (IMF) and make expeditious progress towards full cancellation of all outstanding official bilateral debt owed by HIPC LDCs. They also agree to assist LDCs in their efforts to use resources released by debt relief for nationally owned development and poverty eradication strategies for long-term economic growth. In order to increase foreign investment, LDCs agree on policies to strengthen regulatory and legal frameworks, as well as reduce risks for foreign investors through such things as bilateral and regional investment treaties, and donors agree to support LDCs in such areas as technology, training, and the establishment of foreign investment advisory bodies and by underwriting, where appropriate, perceived political and commercial risks.

The commitment on trade includes separate sections on: trade, commodities and regional arrangements; services; and reducing the impact of economic shocks. It states that “integration into the world economy is an insufficient but necessary precondition for long-term sustainability of poverty reduction”. Under the commitment, development partners aim at improving preferential market access for LDCs by “working towards the objective” of duty-free and quota-free market access for all LDC products in the markets of developed countries. They also aim at implementing in full the special and differential measures for LDCs, as contained in the final act of the Uruguay Round, while considering new measures for LDCs as part of future multilateral trade negotiations.

The partners also intend to strengthen technical assistance for the implementation of multilateral trade negotiations and consider making such assistance an integral part of commitments undertaken in future trade agreements. They further outline a number of steps aimed at facilitating the accession process to the WTO on terms that take into account their stage of development and the basic principle of special and differential treatment. On commodities, the Programme states “Diversification of the export base would help the LDCs to overcome one of the most important weaknesses of their development.” To address that, among a number of other measures, partners will support diversification programmes, including by strengthening activities covered by the Second Account of the Common Fund for Commodities and development of small- and medium-sized enterprises.

The commitment on building human and institutional capacities addresses such areas as: social infrastructure and social service delivery; population; education and training; health, nutrition and sanitation; and social integration. It describes goals and sets out measures and policies to meet them. For example, by 2015 it calls for: making reproductive health accessible to all individuals; ensuring that all children have access to free primary education and achieving a 50 per cent improvement in levels of adult literacy; and reducing the infant mortality rate below 35 per 1,000 live births and reducing the maternal mortality rate by three quarters of the current rate.

Among a wide variety of measures, development partners agree to provide strengthened support in implementing population and development policies, and enhancing ODA for

health, safe water and sanitation, assist in setting up effective health infrastructures and increase access to necessary medicines and vaccines, including urging the pharmaceutical industry to make drugs related to communicable diseases - particularly HIV/AIDS, malaria and tuberculosis - more widely available and affordable.

The commitment on building productive capacities contains measures addressing physical infrastructure, technology, enterprise development, energy, agriculture and agro-industries, manufacturing and mining and rural development and food security.

In its follow-up section, the Secretary-General is requested to submit recommendations for an efficient and highly visible follow-up mechanism, including the possibility of transforming a current United Nation office into an Office of High Representative for Least-Developed, Landlocked Developing Countries and Small Island States.

Weiterführende Links

- www.unctad.org/conference/
- www.unctad.org/en/docs/aconf191_120.en.pdf
- www.unctad.org/en/docs/aconf191d11.en.pdf
- www.eu.int/comm/development/whatsnew_en.htm
- www.dse.org
- www.bmz.de
- www.epo.de
- www.venro.org

Folgende VENRO-Arbeitspapiere sind bisher erschienen und können über die VENRO-Geschäftsstelle bezogen werden:

Arbeitspapier Nr.1: Arbeitspapier zur Zukunft der EU-AKP-Zusammenarbeit

VENRO-Positionspapier zur Zukunft des Lomé-Abkommens vom 13.2.1998 (deutsch/englisch – nur noch in elektronischer Form)

Arbeitspapier Nr.2: Der Internationale Währungsfonds – neuer Akteur in der Entwicklungszusammenarbeit?

Dokumentation des VENRO-Studientages am 13.1.1998 (nur noch in elektronischer Form)

Arbeitspapier Nr.3: Initiatoren, Wächter oder ungebetene Gäste? Die Rolle von NRO beim Aufbau einer Global-Governance-Architektur

Dokumentation der Fachtagung am 29.10.1998 (nur noch in elektronischer Form)

Arbeitspapier Nr.4: Handel statt Hilfe? Das Lomé-Abkommen vor dem Umbruch

Dokumentation des VENRO-Studientages am 4.11.1998 (nur noch in elektronischer Form)

Arbeitspapier Nr.5: Der neue Lomé-Vertrag – Welche Rolle für die NRO?

Dokumentation des Studientages am 14.12.1998

Arbeitspapier Nr.6: Schuldenkrise vor der Lösung? Die deutsche Schuldeninitiative für den G-8-Gipfel: Werden die Schulden der ärmsten Länder nun auf ein tragbares Maß reduziert?

Dokumentation des VENRO-Studientages am 17.3.1999

Arbeitspapier Nr.7: VENRO-Kampagne „Deutsche EU-Präsidentschaft“

Textsammlung zur Kampagne im ersten Halbjahr 1999, Juni 1999

Arbeitspapier Nr.8: Nachhaltigkeit in der Humanitären Hilfe

Diskussionspapier im Rahmen des Projektes „Qualität in der Humanitären Hilfe“ (deutsch/ englisch), September 1999 (nur noch in elektronischer Form)

Arbeitspapier Nr.9: Die Reform der EU-Entwicklungspolitik: Aufbruch oder Abbruch?

Dokumentation zum VENRO-Studientag am 18.9.2000, Bonn

Arbeitspapier Nr.10: „Globales Lernen“ als Aufgabe und Handlungsfeld entwicklungs-politischer Nicht-Regierungsorganisationen. Grundsätze, Probleme und Perspektiven der Bildungsarbeit des VENRO und seiner Mitgliedsorganisationen, Dezember 2000, Bonn

VENRO-Geschäftsstelle:

Kaiserstrasse 201
53113 Bonn

Tel.:0228/ 94677-0
Fax.:0228/ 94677-99

E-Mail: sekretariat@venro.org
Homepage: www.venro.org